

Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)
Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich)
Kretz Annoncen AG (Herrliberg)

Intensiver Abstimmungskampf



Bundesrat Kaspar Villiger zusammen mit den Ständeräten Christine Beerli (BE) und Otto Schoch (AP) an einer Veranstaltung des FDP-Pressverbandes zu den beiden sicherheitspolitischen Initiativen vom 6. Juni 1993: Der Erklärungsbedarf ist gross. (Photo ruti)

Kein Tag vergeht mehr ohne Ereignisse in Zusammenhang mit der Anti-Flugwaffen- und der Anti-Waffenplatz-Initiative, über die das Schweizervolk am 6. Juni 1993 abstimmen wird. Die Initianten verstehen es, durch ungewöhnliche Aktionen, oft Provokationen, die Aufmerksamkeit der Medien auf sich zu lenken. Dennoch besteht in der Schweiz ein hoher Konsens im Hinblick auf die Verteidigungsnotwendigkeit und -würdigkeit der Schweiz.

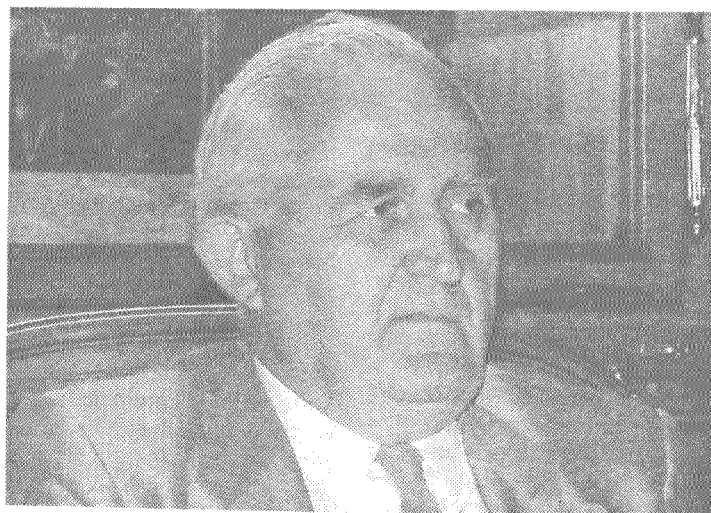
AMK. erinnert sei an die faden-scheinigen Angriffe aufs EMD vor Ostern oder an die Eröffnungspressekonferenz der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) im Bundeshaus, die zwar nicht verboten war, aber entgegen jeglichen Gepflogenheiten an diesem symbolträchtigen Ort stattfand. Militärsoziologische Studien,

wie sie namentlich von Karl W. Haltiner an der ETH Zürich durchgeführt werden, zeigen, dass der Wertewandel, der in allen Industrienationen stattfindet, auch in der Schweiz die Identifikation mit allen Institutionen, darunter auch dem Militär, verändert hat. Eine Folge davon ist, dass der politische Rechtfertigungsbedarf für Rüstungsausgaben heute im Vergleich zu früher erheblich zugenommen hat.

Dennoch besteht in der Schweiz ein hoher Konsens im Hinblick auf die Verteidigungsnotwendigkeit und -würdigkeit der Schweiz. Diesen Konsens gilt es im Hinblick auf die beiden Initiativen zu aktivieren, indem die Notwendigkeit sowohl einer modernen Flugwaffe als auch gewisser Modernisierungen auf veralteten Waffenplatzanlagen für eine glaubwürdige Verteidigung unseres Landes überzeugend aufgezeigt wird. □

Lesen Sie ab Seite 10

Arbeitslosigkeit



AMK. Welche Lösungen sieht die FDP angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen Probleme und der hohen Arbeitslosigkeit? Der «Freisinn» befragte den einflussreichen Präsidenten der Finanzkommission, Ständerat Ernst Ruesch SG.

Lesen Sie ab Seite 5.

Inhalt

- 2x Nein am 6. Juni fordert Ständerat Loretan ab Seite **7**
- Gedanken über die «classe politique» lesen Sie auf Seite **9**
- Gatt ist Thema ab Seite **13**
- Die SVFF meldet sich zu Wort ab Seite **15**

Religionsfanatismus und Terrorismus

Die sogenannten islamischen Fundamentalisten erhalten immer mehr Zulauf. Arabische Regierungen müssen um ihren Fortbestand bangen. Israel erlebt eine «präzedenzlose islamisch-fundamentalistische Terrorwelle». Und der Bombenanschlag auf das World Trade Center in New York am 26. Februar wird auch als Ausdruck zunehmenden Zornes militanter Muslime gegen den christlichen Westen, vorab gegen die USA, gedeutet. Aber gibt es überhaupt einen islamischen Fundamentalismus, wie er im Westen verstanden wird?

◉ Jacques Baumgartner

Nach dem Bombenanschlag auf das World Trade Center befand beispielsweise das amerikanische Nachrichtenmagazin «Newsweek», die Liste möglicher Motive sei lang und die Wirkung kumulativ. Wenn auch von einigen arabischen Staaten unterstützt, so bombardierte der Amerikaner angeführte «Westen» den Irak. Das zionistische Israel, von den USA gestützt und beschützt, sei auf «heiligem islamischem Boden» errichtet worden, und die islamischen Fundamentalisten sahen eigene Eiferer von den Israeli verhaftet, zu Hunderten nach Libanon abgeschoben. Wo islamische Fundamentalisten, wie in Algerien die Islamische Heilsfront (FIS), mit friedlichen Mitteln (Wahlen) an die Macht hätten gelangen können, würden sie mit Amerikas Einverständnis unterdrückt. Der Westen rühre auch keinen Finger angesichts des «Abschlachtens» der Muslime in Bosnien...

Djihad

Die Fäden der Ermittlungen des amerikanischen Bundeskriminalamtes (FBI) führen bald einmal zu Scheich Omar Abdul Rachman, der nach seiner Abschiebung aus Ägypten seit 1990 illegal in den USA Lebende. Der Scheich war 1981 Mitangeklagter im Prozess gegen die Mörder des ägyptischen Präsidenten Anwar es-Sadat gewesen; er wurde freigesprochen.

Ein Vertrauter von Scheich Omar ist Abd Salam Faraj. Von Faraj stammt eine Definition der Ideologie, die hinter dem islamisch-fundamentalistischen Terror steht. In einem Anfang der achtziger Jahre

veröffentlichten Pamphlet mit dem Titel «Die vernachlässigte Pflicht» ruft Faraj zum «Krieg gegen alle politischen Feinde des Islam» auf. Er macht geltend, die islamische Tradition rechtfertige den Terror. Jeder, der die Lehre des Propheten Mohammed nicht annehme oder von ihr abweiche, sei mittels des Djihad (Heiligen Krieges) zu bekämpfen.

Die genaue Bedeutung des Djihad-Begriffes ist unter den Islam-Gelehrten umstritten. Die gemässigte Auslegung sieht auch in nicht-militanten Kampfmitteln (Boycott, Diplomatie, Propaganda) eine Verwirklichung des Djihad-Gebothes. «Fundamentalistische» Fanatiker nehmen den Aufruf zum Djihad wörtlich.

Weltbild

Für israelische Islam-Experten ist die Bezeichnung Fundamentalismus in bezug auf den Islam irreführend. So sagt Moshe Sharon, Professor für Islam an der Hebräischen Universität Jerusalem und an der Bar-Ilan-Universität bei Tel Aviv, der Islam sei vor allem ein Gesetzessystem, eine Lebenshaltung, ein Ausdruck der Identität, eine Kultur, eine geschichtliche Tradition, ein soziales und ein staatliches System... nur in letzter Linie eine Religion.

Moshe Sharon gemäss ist der in der westlichen Welt vorherrschende Eindruck falsch, es gäbe im Nahen Osten vorwiegend säkulare, moderne arabische Staaten, die von einer Minderheit militanter religiöser Fanatiker bedroht werden.

Der sogenannte islamische Fundamentalismus wider-

setze sich allen westlichen Begriffen des sozialen Fortschritts. «Konzepte wie Demokratie, Parlamentarismus, Linke und Rechte bedeuten ihm nichts.»

Ideologisch wolle er das Gesetz des Islam als Staatsgesetz sehen, das in allen islamischen und folglich auch arabischen Staaten vom Atlantik bis Indien angewandt werden müsse.

Und Professor Heinz Halm, Ordinarius für Orientalistik an der Universität Tübingen, meint, das Wort Fundamentalismus sollte vermieden werden: «Fundamentalists» nannten sich jene amerikanischen Geistlichen und Theologen, die, bewaffnet mit dem Wortlaut der Heiligen Schrift, gegen das naturwissenschaftliche Weltbild, vor allem gegen Darwins Evolutionstheorie, Sturm liefen; ihr zwölbändiges Manifest, «The Fundamentals – A Testimony to the Truth» (1910–1912), hat der Richtung den Namen gegeben.»

Grosse Vielfalt

Schon bald nach dem Tode des Propheten Mohammed im Jahre 632 setzte die Auffächerung des Islam in zahlreiche Bekenntnisse, Sekten und Rechtsschulen ein. Laut Professor Halm: «Es gibt neben dem Schriftgelehrten-Islam der Juristen den mystischen Islam zahlloser Derwischorden; es gibt volkstümliche regionale Ausprägungen des Islam in grosser Vielfalt; neben militanten Gruppen gibt es pietistische und quietistische Strömungen.»

Im Westen werde der Islam zum neuen Feindbild aufgebaut, den Menschen im Westen würden stets nur die (islamischen) Eiferer (am Bildschirm) gezeigt, «die gerechten

Fäuste, die skandierenden Sprechchöre». «Die im arabischen Raum und vor allem in der europäischen und amerikanischen Diaspora aktiven islamischen Gruppen sind auch meist nicht von Religionsgelehrten gegründet und verbreitet worden, sondern von Laien.» Intellektuelle, Techniker, Ingenieure seien heute häufig die Ideologen und Wortführer.

Schock

Die Ursache für die Entstehung «islamistischer» Ideologien sei im Zusammenstoss vormoderner Gesellschaften mit der hochdifferenzierten, pluralistischen Industriegesellschaft zu suchen. Nach Professor Halm ein Zusammenstoss, der als Schock empfunden werde und «Abwehrkräfte» hervorrufe. Aber die Abwehr gelte nicht den wissenschaftlich-technischen Grundlagen der modernen Zivilisation, sondern deren Folgen und Begleiterscheinungen, die als ihr eigentliches Wesen missverstanden würden: «religiöse Indifferenz, sexuelle Freizügigkeit, Pornographie, Drogenmissbrauch».

Hinzu komme die schmerzliche Erfahrung, dass alle Versuche der nahöstlichen Regime, ihren Staaten Anschluss an die Errungenschaften und den Lebensstandard Europas und Amerikas zu verschaffen, gescheitert seien. Diese Bemühungen würden als Irrweg angesehen. «Die wachsende Verelendung immer grösserer Bevölkerungskreise treibt denen, die in einer Erneuerung des Islam die einzige Rettung sehen, scharenweise Anhänger zu.» Hinzu kämen die ungelösten politischen Konflikte im Nahen Osten, das Palästina-Problem.

Professor Heinz Halm hält es für möglich, dass diese islamisch-fundamentalistischen Gruppen «das eine oder andere Regime kippen». Denkbar seien «islamistische Massenorganisationen» als künftiger Typ von Herrschaft im Nahen Osten, «der die herkömmlichen laizistischen, sozialistisch gefärbten Einparteien-Regime der Militärbükratie ablösen wird». □

Karin Keller-Sutter: Gemeinderätin mit Weitblick

Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet sich Ihre grösste Hoffnung?

Ich hoffe, dass es der Schweiz gelingen wird, mit der EG Lösungen auszuhandeln, die die Fortsetzung der Integration unseres Landes trotz Ablehnung des EWR-Vertrages ermöglichen. Die europäische Zukunft kann nur gemeinsam gestaltet werden.

Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?

Der Krieg in ex-Jugoslawien und die damit verbundenen Massenvergewaltigungen sowie die allgemein gewachsene Gewaltbereitschaft.

Im Inland beschäftigt mich das Schicksal der immer zahlreicher werdenden Arbeitslosen.

Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?

Für mich persönlich sind wohl Telefon und Telefax sehr wichtig. Auf einen Haartrockner könnte ich jedoch verzichten.

Was lieben Sie an der Schweiz?

Die geographische und kulturelle Vielfalt und die Schönheit

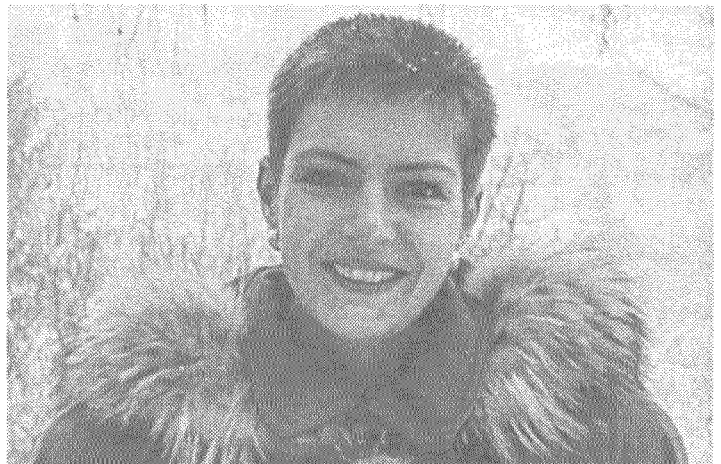
unserer abwechslungsreichen Landschaften. Besonders wohl fühle ich mich nebst meinem Heimatkanton St. Gallen in der Romandie. Ansonsten gefällt mir unser Milizsystem, da dieses allen Unkenrufen zum Trotz eine grosse Bürgernähe erlaubt.

Was missfällt Ihnen in unserem Land?

Die Tatsache, dass wir die Chancen unserer kulturellen Vielfalt zu wenig nutzen. Mehr Miteinander als Nebeneinander! Was mich an der Schweiz besonders stört, ist, dass sie Neuem und Fremdem oft mit zu grossem Misstrauen begegnet und sich dann einigelt – so geschehen am 6. Dezember. Dieses Verhalten ist sicherlich auch auf die räumliche Enge in unserem Land zurückzuführen.

Können Sie sich mit dem Wort Bertrand Russells einverstanden erklären: «Mehrheiten zementieren das Bestehende, Fortschritt ist nur über die Minderheiten möglich?»

Minderheiten geben sicherlich immer wieder Impulse, die den Fortschritt fördern sollen. Ohne Mehrheiten können diese Impulse aber auch nicht umgesetzt werden. In diesem Sinne kann ich diesen Gedanken nicht vorbehaltlos annehmen.



Die jüngste Gemeinderätin der FDP St. Gallen, Karin Keller-Sutter, Wil/SG, liebt St. Gallen und die Romandie und glaubt an eine europäische Zukunft unseres Landes.

Warum sind Sie bei der FDP?

Der Lehre des Liberalismus und das darin enthaltene Bekenntnis zu einer freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsordnung ist die einzige politische Philosophie, die mich überzeugt. Das freisinnige Gedankengut ist für mich nicht ein lebloses Programm, sondern eine Lebenseinstellung. Besonders interessant in der heutigen, sehr komplexen Zeit ist das Spannungsfeld zwischen der individuellen Freiheit und den staatlichen Einschränkungen.

Gesetzt es gäbe einen Nobelpreis für Politiker. Wem würden Sie ihn verleihen?

Margaret Thatcher.

Wodurch kann eine Politikerin, ein Politiker Sie überzeugen?

Durch Sachlichkeit, Mut und Unbestechlichkeit.

Was sehen Sie als Ihre persönliche Schwäche an, was als Ihre persönliche Stärke?

Schwäche: Ungeduld, manchmal etwas zu impulsiv.
Stärke: Offenheit, Initiative.

Welches Buch lesen Sie gerade jetzt?

«Buddenbrooks», Thomas Mann.

Was tun Sie, um sich fit zu halten?

Regelmässige Spaziergänge und Wanderungen mit unserem Hund.

Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?

Eine Weltreise machen.

Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen und warum?

Jeanne Hersch, weil sie zu den bedeutendsten und interessantesten noch lebenden Philosophen unserer Zeit gehört.

Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?

Ich bin in einer Generation aufgewachsen, in der Mädchen zu Hause, in der Schule und während der Ausbildung gleichberechtigt behandelt wurden. Ich finde es deshalb unhaltbar, dass einige Männer uns Frauen in Politik und Beruf immer noch nicht für voll nehmen und uns nichts zutrauen.

Kurzbiographie

Karin Keller-Sutter

Zur Person: verheiratet mit Morten Keller, Arzt, wohnhaft in Wil.

Alter: 29 Jahre.

Berufliche Stationen: Mittelschule in Neuenburg, Übersetzer- und Dolmeterschule in Zürich, 1988 dipl. Übersetzerin, 1989 dipl. Konferenzdolmetscherin.

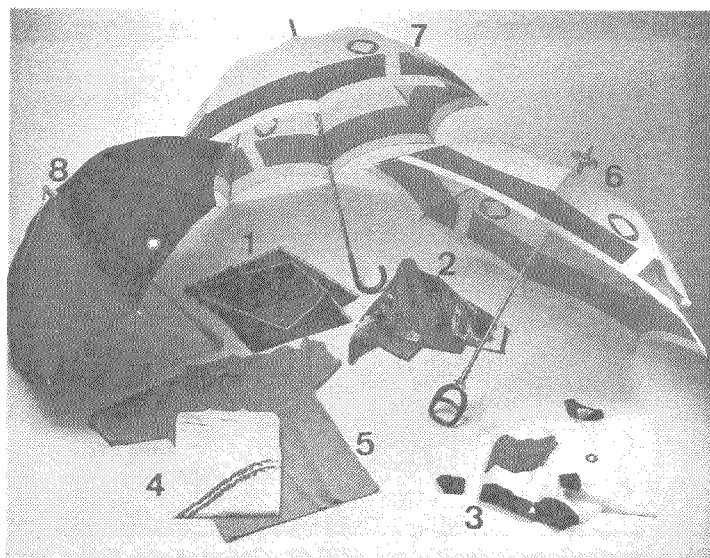
Auslandaufenthalte: 1 Jahr in London (City of London, Polytechnic), ½ Jahr in Québec (Université de Montréal, 1 Semester Politikwissen-

schaft), heute selbständig und Lehrbeauftragte.

Politischer Werdegang: Parteieintritt 1987, ab 1988 Bezirksdelegierte und kantonale Delegierte, ab 1992 Vertreterin des Bezirks Wil in der Bezirksfrauenkonferenz, 1992 ins Wiler Gemeindeparlament gewählt.

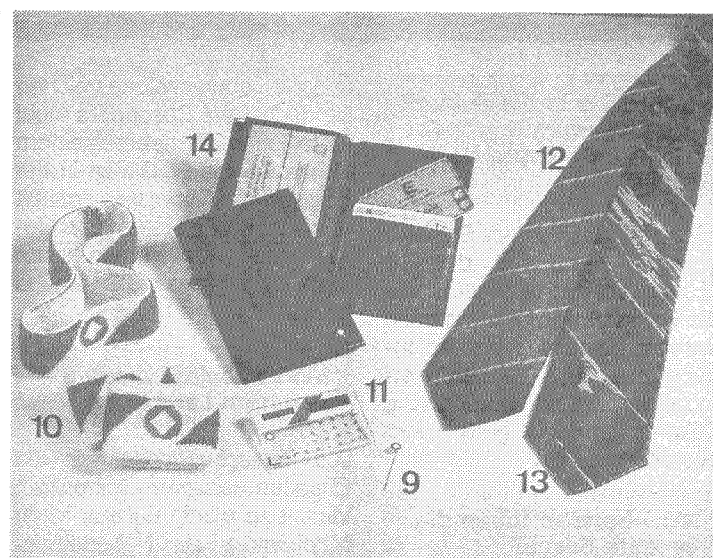
Liebste Tätigkeit: mit meinem Mann diskutieren, ausgedehnte Spaziergänge mit unserem Hund, Lesen. □

Farbe bekennen!



Ja, ich bestelle:

- 1** Das zeitlose **klassische Foulard** aus 100% Crêpe de Chine ist 90×90 cm gross und wurde mit einem handrollierten Saum versehen. _____ **Ex.** à Fr. 49.–
- 2** Das **neue Foulard** (90×90 cm) der «New look»-Kollektion in tollen, modernen Farben besteht aus 100% Crêpe de Chine. _____ **Ex.** à Fr. 50.–
- 3** **Windblouson** aus Nylon mit Strickborden. Schützt Sie bei Wanderungen vor unangenehmen Überraschungen. Einfach transportierbar, kann zusammengerollt und in der eigenen Jackentasche um die Taille getragen werden. Grössen S, M, L, XL (Zutreffendes bitte ankreuzen) _____ **Ex.** à Fr. 30.–
- 4** Praktisch und unverwüstlich, das neue **T-Shirt** (mit dem Aufdruck «Freiheit gewinnt») im modernen Schnitt aus 100% Baumwolle. Grössen S, M, L, XL (Zutreffendes bitte ankreuzen) _____ **Ex.** à Fr. 12.–
- 5** Für die warmen Tage gibt es unser **Polo-Shirt** mit diskretem FDP-Emblem im klassischen Schnitt. _____ **Ex.** à Fr. 30.–
- 6** Der praktische **Sportschirm** mit einem integrierten Klappsitz, damit Sie beim nächsten Sportfest nicht mehr stehen müssen. _____ **Ex.** à Fr. 30.–
- 7** Der **Doppelschirm**, damit Sie zu zweit nur einen Regenschirm brauchen und trotzdem nicht nass werden. _____ **Ex.** à Fr. 30.–
- 8** Der **klassische Regenschirm** in den Farben Rot, Dunkel- und Hellblau lässt Sie auch bei schlechtem Wetter trocken ans Ziel kommen. _____ **Ex.** à Fr. 35.–



- 9** **Anstecknadel**. Der diskrete Hinweis, dass Sie der richtigen Partei angehören. _____ **Ex.** à Fr. 10.–
- 10** Ein absolutes Muss für jeden Sportler. Das **Stirnband und die Pulswärmer** aus 90% Baumwolle. _____ **Set** à Fr. 10.–
- 11** Unser Solarrechner mit der 8stelligen LCD-Anzeige hilft Ihnen bei den schwierigsten Rechenaufgaben. _____ **Ex.** à Fr. 20.–
- 12** Die **Krawatte** im klassischen Design besteht aus 75% Polyester und 25% Seide. _____ **Ex.** à Fr. 38.–
- 13** Die **Krawatte** aus unserer «new look»-Kollektion besteht aus 75% Polyester und 25% Seide. _____ **Ex.** à Fr. 40.–
- 14** Das **Portefeuille** aus bestem Anilinleder (bordeaux) mit vielen Einsteckfächern für Ausweise, Photos, Kreditkarten usw. _____ **Ex.** à Fr. 44.–

Name: _____

Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bitte ausfüllen und ganze Seite einsenden an:
FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern



Ständerat Ernst Rüesch: «Die Arbeitslosigkeit kann nur gesenkt werden, wenn die Wirtschaft wieder in Schwung kommt.»
(Photo Brigitte Kaufmann)

Schon im Januar 1991 forderten die FDP-Delegierten den Abbau unnötiger staatlicher Vorschriften, die Auflösung schädlicher Kartelle, den Ersatz der Wust durch die Mehrwertsteuer. Heute ist das Thema aktueller denn je. Welche Lösungen sieht die FDP angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen Probleme und hohen Arbeitslosigkeit? – Von Ständerat Ernst Rüesch SG, dem einflussreichen Präsidenten der Finanzkommission, wollten wir mehr wissen.

Deregulierung: «Den Wald von Vorschriften durchforsten»

Interview:
Anna-Marie Kappeler

Deregulierung:
Was ist damit gemeint?

Ernst Rüesch: «In den vielen Jahren der Hochkonjunktur hat sich in der Schweiz ein bürokratischer Perfektionismus entwickelt, der für unsere Wirtschaft immer mehr zum Hemmschuh wurde. Als Beispiel seien unsere langwierigen Baubewilligungsverfahren erwähnt. Was in einzelnen Nachbarländern drei Monate braucht, benötigt bei uns drei Jahre. Mit der Forderung nach Deregulierung möchten wir den Wald von Vorschriften auf allen drei Ebenen – Gemeinden, Kantone und Bund – durchforsten und alles Überflüssige streichen.

Die Gegner der Deregulierung befürchten hinter dieser Forderung soziale Demontage und Senkung unseres hohen Standes im Umweltschutz. Das sind Unterstellungen. Niemand will den Sozialstaat vernichten und die Umweltzerstö-

rung dulden. Aber ohne florierende Wirtschaft werden wir weder den Sozialstaat noch den Umweltschutz auf die Dauer finanzieren können.»

Kann das die Antwort auf die hohe Arbeitslosigkeit in der Schweiz sein?

Ernst Rüesch: «Ja. Die Arbeitslosigkeit kann nur gesenkt werden, wenn die Wirtschaft wieder in Schwung kommt. Die Lethargie, welche viele Unternehmer nach dem EWR-Nein erfasst hat, muss durch eine neue Investitionsfreudigkeit ersetzt werden. Der Staat wird diesen Wandel nie erreichen, wenn er mit Investitionspritzen überholte Strukturen zementiert. Der Staat muss die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft verbessern.

Die vier bürgerlichen Parteien haben zu diesem Zweck bereits im Sommer 1992 in beiden Räten vier Motionen eingereicht (s. Kasten S. 6: Unterlagen). Zu drei Motionen deutet der Bundesrat in seiner Botschaft zu den Massnahmen in der Folge des EWR-Neins

einige kommende Vorlagen an. In Sachen Steuern ist noch nichts in Sicht. Dabei ist die Verbesserung des Steuerklimas eine der wichtigsten Rahmenbedingungen, um die Investitionsfreudigkeit zu verbessern.»

Die FDP-Fraktion hat in der Märzsession einen Vorstoss zur Deregulierung im Fernmeldebereich eingereicht (s. Kasten S. 6: FDP-Motion). Welche Impulse sind davon für die Schweizer Wirtschaft zu erwarten?

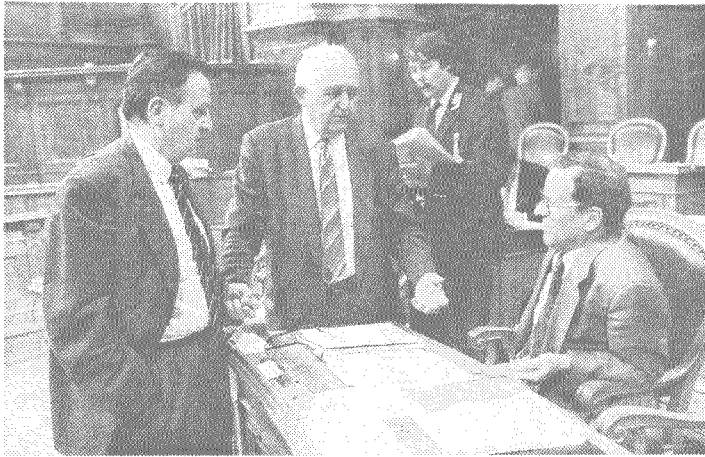
Ernst Rüesch: «Die rasante technische Entwicklung hat die Telekommunikationsindustrie zu einer bedeutenden Wachstumsbranche gemacht. Für die Wirtschaft ist der Zugang zu einer ebenso hochmodernen wie preiswerten Telekommunikation von grösster Bedeutung. Nur der freie Wettbewerb ermöglicht unserer Wirtschaft den Zugang zum letzten Know-how. Dieser Zugang bedeutet einen Standortfaktor für die Entwicklung moderner Un-

ternehmungen. Das Monopol kann auf die engeren Telefondienste beschränkt werden, wobei der PTT die Versorgung abgelegener Gebiete als gemeinwirtschaftliche Leistung abzugelten ist.»

Das Submissionswesen, also die Vergabe von öffentlichen Aufträgen, verursacht uns Steuerzahlern jährliche Kosten in Milliardenhöhe, die nicht sein müssten, wenn die Konkurrenz voll zum Tragen käme. Auch hier wäre also Deregulierung nötig.

Ernst Rüesch: «Diese Deregulierung ist in der Tat ebenfalls notwendig, sofern wir langfristig im öffentlichen Beschaffungswesen vermehrt ins Exportgeschäft kommen wollen. Denjenigen, die mit den lokalen und kantonalen Submissionsverordnungen gut gehütete Privilegien besitzen, wird dies weh tun. Diese persönlichen Vorteile veranlassen denn auch manchen Unter-

Fortsetzung auf Seite 6



Ernst Rüesch im Gespräch mit freisinnigen Kollegen im Ständerat, dem Zürcher Riccardo Jagmetti (links) und Otto Schoch (AR). (Photo ruti)

Fortsetzung von Seite 5

nehmer zu einem Nein zum EWR.

Vorerst wäre ein Konkordat der Kantone notwendig, womit das öffentliche Beschaffungswesen landesweit liberalisiert würde. Anschliessend hätte der Bund in bilateralen Vertragsverhandlungen eine Öffnung über die Grenze zu suchen. Damit erhielte unsere Exportwirtschaft neue Absatzmöglichkeiten. Dabei kämen nicht nur die Grossen zum Zug, sondern auch viele innovative Gewerbetreibende.»

Gehen wir noch einen Schritt weiter: Das Prin-

FDP-Motion

Deregulierung im Fernmeldewesen

Der Bundesrat wird eingeladen, den eidgenössischen Räten eine Vorlage über weitere Schritte zur Deregulierung im Fernmeldesektor zu unterbreiten. Insbesondere soll das Monopol im Bereich der Fernmeldenetze weiter gelockert und bei den Fernmeldediensten auf die Telefonie beschränkt werden. Die zuverlässige Versorgung aller Landesteile, auch der Bergregionen, mit Fernmeldediensten ist sicherzustellen. Dabei sollen durch eine Trennung von Post und Telekommunikation sowie eine Neuregelung der Arbeitsverhältnisse des Personals flexible Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es dem Fernmeldesektor erlauben, zukünftig wettbewerbsfähig zu bleiben.

zip des Föderalismus verhindert viele Harmonisierungen auf dem schweizerischen Binnenmarkt. Unterschiedliche Steueransätze, Ausbildungssysteme, Lehrabschlüsse, Verbandsbewilligungen usw. machen vieles komplizierter, als es sein müsste und wohl auch sinnvoll wäre. Wo sehen Sie in diesem Bereich Handlungsbedarf und mit welchen Chancen? Wo ziehen Sie die Grenze?

Ernst Rüesch: «Ich bin Föderalist, aber gegen den «Kantöngeist», also für einen kooperativen Föderalismus. Eine födera-

Die Telekommunikations-Infrastruktur hat sich angesichts der Globalisierung der Märkte in den vergangenen Jahren zu einem bedeutenden Standortfaktor sowie zu einer zukunftsreichen Wachstumsindustrie entwickelt. Der seit einigen Jahren im Gang befindliche technologische Wandel im Bereich der Telekommunikation hat sich weiter akzentuiert und zu einem weltweit verschärften Wettbewerb geführt. Im Hinblick auf die dringend erforderliche Revitalisierung des Wirtschaftsstandortes Schweiz kommt einer modernen und preislich konkurrenzfähigen Telekommunikation eine hohe Bedeutung zu. Dies gilt insbesondere für die in unserem Land stark vertretenen Zentralen weltweit tätiger Unternehmen. □

listische Verwaltung funktioniert sparsamer als eine zentralistische. Entscheidend ist, dass auch die Kantone nach dem «Cassis de Dijon»-Prinzip leben, d. h. beispielsweise Lehrdiplome, Anwaltspatente usw. gegenseitig anerkennen.

Unterschiedliche Steuersätze hingegen sind nicht zu bemängeln. Sie fördern die Konkurrenz auch unter den Kantonen. Hätten wir in der Schweiz einen einheitlichen Steuersatz, so wären die Steuern zweifellos wesentlich höher. Harmonisieren sollen die Kantone ohne Bundesdiktat alle jene Bereiche, welche zu Barrieren führen, z. B. im Schulwesen.»

Generell ist zu sagen, dass die Handels- und Gewerbefreiheit in der Schweiz in vielen Bereichen durch kartellähnliche Absprachen, Kontingente, Importbeschränkungen usw. blockiert ist. Wäre es nicht ureigenste Aufgabe der Freisinnigen, die Handels- und Gewerbefreiheit wieder ins Zentrum ihrer Wirtschaftspolitik zu stellen?

Ernst Rüesch: «Eine Revision des Kartellgesetzes ist in Griffnähe. Noch diesen Sommer soll die Vernehmlassung eröffnet werden. Es muss eine Schwergewichtsarbeit freisinniger Politik sein, ein neues Kartellrecht durchzusetzen, das den Wettbewerb besser schützt und damit überholte Strukturen überwindet, d. h. deren Vertreter zur Innovation zwingt. Damit entstehen allerdings neue Regelungen.»

Widerspricht dies nicht dem Gedanken der Deregulierung?

Ernst Rüesch: «Nein, Regeln sind immer dann nötig, wenn sie den Wettbewerb schützen und sogar erzwingen.»

Nicht zuletzt dank freisinniger Politik konnte auf dem Finanzmarkt dereguliert werden. Ich denke dabei an die Reform der Stempelsteuer oder das neue Anlagengesetz. Sind jedoch nicht auch hier weitere Schritte nötig? Als Stichworte seien genannt: Verrechnungs-

Unterlagen

Zu dem im Artikel erwähnten Thema können bei der FDP der Schweiz folgende Unterlagen bezogen werden:

- Grundsätze der FDP zur Wirtschaftspolitik der neunziger Jahre. Politische Rundschau Nr. 3+4/1990. 43 Seiten. Fr. 5.–.
- Mehr Fitness für den Wirtschaftsstandort Schweiz. April 1992. 4 Seiten. 1. Ex. gratis.
- Deregulierung. Bürgerliches Reformpaket. Dokumentation zu den Motionen von FDP, CVP, SVP und LPS. Juni 1992. 14 Seiten. 1. Ex. gratis.

Ihre Bestellung richten Sie an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38, Fax (031) 21 19 51. □

steuer, «taxe occulte», direkte Bundessteuer.

Ernst Rüesch: «Einen ersten Erfolg hatten wir mit der Annahme der Stempelsteuerrevision durch das Volk. Da der Bundesrat, trotz der bereits erwähnten Steuermotion der vier bürgerlichen Parteien, die in beiden Räten überwiesen wurde, keinen Willen zum Handeln signalisiert, muss das Parlament selbst handeln. Dabei ist einem Ziel alles unterzuordnen: Wir müssen den Übergang zur Mehrwertsteuer schaffen.»

Damit fällt die unselige «taxe occulte», was eine deutliche Verbesserung unserer Rahmenbedingungen bedeutet. Damit ist auch ein bedeutender Schritt zur Sanierung der Bundesfinanzen getan. Um die Bundeskasse in Ordnung zu bringen, ist ein Systemwechsel notwendig. Aber auch ein Wiedererstarken der Wirtschaft. Nur eine starke Wirtschaft kann den heutigen Dienstleistungsstaat auf die Dauer finanzieren.» □

Garten- und Landschaftsarchitekten
Erdbaugenieure

100 Jahre Erfahrung, Dynamik, Tradition

Ein Jahrhundert für unsere Umwelt

Spross

Wir planen, bauen, sanieren und pflegen auch Ihren Garten für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62

2x Nein am 6. Juni 1993

Auf schweizerischer Ebene und in vielen Kantonen haben sich Aktionskomitees an die Arbeit gemacht, um die beiden Volksinitiativen, welche die Armeeabschaffung in Raten zum Ziel haben, die verdiente Abfuhr durch Volk und Stände erfahren zu lassen. Nur bei einer deutlichen Ablehnung der beiden je mit einer Rückwirkungsklausel versehenen Initiativen – gegen die Beschaffung des neuen Kampfflugzeuges und gegen den ebenfalls vom Parlament rechtsgültig beschlossenen Bau des Waffenplatzes Neuchlen-Anschwilen, anstelle des veralteten St. Gallen/Herisau – besteht Gewähr, dass die «Gruppe Schweiz ohne Armee» nicht bald ihre zweite Volksinitiative auf Totalabschaffung der Armee, eine Initiative für die Abschaffung des Zivilschutzes und weitere Vorstösse lancieren wird.

Ständerat Dr. Willy Loretan* (AG)

Es gibt drei Gründe gegen die Flugwaffen-Abschaffungs-Initiative:

- Ohne Luftschirm ist keine glaubwürdige, wirksame «dynamische Raumverteidigung» – wie sie das vom Parlament gebilligte «Armee-Leitbild 95» vorsieht – denkbar. Ohne Luftschirm könnten wir in Krisensituationen an der Schwelle zur Gewaltanwendung gegen unser Land und damit gegen unsere Bevölkerung nicht rasch, angemessen und wirksam reagieren.

Ohne eigenen Luftschirm für Armee und Bevölkerung wären wir sehr bald gezwungen, uns sicherheitspolitisch an andere anzulehnen. In kritischen Momenten spannt dann aber doch jedes Land den Schirm zuerst über sich selber auf und nicht über den armen Nachbarn.

Es ist verantwortungslos, in der heutigen, von Unsicherheit und kriegesischen Konflikten in Europa gekennzeichneten Zeit ein Beschaffungsmoratorium in die Verfassung zu setzen, welches das endgültige «Out» für eine militärische Landesverteidigung bedeu-

ten würde, welche diesen Namen verdient.

- Die Flugwaffen-Abschaffungs-Initiative will ein vom Volk 1987 mit der Ablehnung des Rüstungsreferendums bestätigtes Recht des Parlamentes und eine von diesem

rechtsgültig beschlossene Beschaffung durch eine Ad-hoc-Verfassungsergänzung rückgängig machen. Das ist Schindluderei mit unseren Institutionen, mit der Gewaltentrennung und mit der direkten Demokratie. Das darf nicht Schule machen. Hier muss das Volk «Halt» sagen!

- Andere Länder, vor allem auch neutrale wie Finnland und Schweden, investieren zurzeit bedeutend mehr Mittel in die Modernisierung ihrer Luftverteidigung, als wir dies zu tun beabsichtigen. Auch wir können und müssen uns – im Interesse der äusseren Sicherheit unseres Landes – den Ersatz der völlig veralteten Hunter-Flugzeuge leisten. Die 34 neuen Kampfflugzeuge F/A-18 kosten 3,495 Milliarden Franken. Dieser Betrag mag, isoliert betrachtet, hoch erscheinen. Der F/A-18 ist indessen von den evaluierten Flugzeugtypen vom Kosten-Nutzen-Verhältnis her der günstigste. Die Zahlungen verteilen sich über mindestens sieben Budgetjahre.

Der Beschaffungsaufwand, bezogen auf ein Nutzungsjahr, beträgt bei einer Einsatzdauer von 30 Jahren lediglich rund 120 Millionen Franken. Die gesamten Beschaffungs-, Betriebs- und Unterhaltskosten belasten das Bundesbudget durchschnittlich mit weniger als 0,5 Prozent jährlich.

Die Bundeskasse wird somit nicht zusätzlich belastet, und das EMD kann zusammen mit der Armee die von Bundesrat und Parlament geforderte «Friedensdividende» trotzdem erbringen.

Die Beschaffung oder Nichtbeschaffung des neuen Kampfflugzeuges hat zudem keinen Einfluss auf Steuern und Sozialwerke wie AHV, Krankenversicherung usw.

In der heutigen wirtschaftlich schwierigen Zeit darf auch die

Fortsetzung auf Seite 9



Ständerat Loretan: «Der F/A-18 ist von den evaluierten Flugzeugtypen vom Kosten-Nutzen-Verhältnis her der günstigste.»

* Präsident des FDP-Ausschusses für Sicherheitspolitik.

Eine Ladung Kreativität für Ihren PC.



NEU!
Auch für Mac!

Heute eine Präsentation, morgen ein Inserat und übermorgen ein Geschäftsbericht. Und alles soll kreativ und ansprechend sein. Kein Problem. Denn für solche und noch ganz andere Situationen gibt es das Werk «Grafiken und Symbole für professionelles Gestalten» und im Handumdrehen geben Sie Ihren Drucksachen eine individuelle Note.

Coupon

Bitte senden Sie mir den A4-Ringbuchordner «Grafiken und Symbole für professionelles Gestalten» mit über 1000 Symbolen, Piktogrammen und Illustrationen. Preis Fr. 198.–

Bitte kreuzen Sie das gewünschte Diskettenformat an:

- 5 1/4" Bestell-Nr. 34300
 3 1/2" (Aufpreis Fr. 15.–) Bestell-Nr. 34400
 3 1/2" für Apple Macintosh (Aufpreis Fr. 15.–) Bestell-Nr. 34900

Unsere Grafikabteilung arbeitet auf Hochtouren, um Ihre Symbol-Sammlung auf dem neusten Stand halten zu können. Aus diesem Grund erhalten Sie alle 2 – 3 Monate eine Erweiterung zum Grundwerk mit ca. 70 Seiten zu einem Preis von Fr. 110.– (inkl. Disketten). Eine Abbestellung ist jederzeit möglich.

Name, Vorname _____ Datum _____ 431607

Firma _____ Unterschrift _____

Strasse, Nr. _____

PLZ/Ort _____

Bitte einsenden an: WEKA Verlag AG, Hermetschloostrasse 77,
Postfach, 8010 Zürich, Telefon 01/432 84 32, Telefax 01/432 82 01

FDP-Position

MAV: Bedenken

Die FDP sieht im Entwurf für eine neue Maturitätsanerkennungsverordnung (MAV) zwar gute Ansatzpunkte zu einer auch von ihr gewünschten Reform. Sie hat in ihrer Vernehmlassungsantwort aber auch wesentliche Bedenken anzumelden.

Als unannehmbar erachtet die FDP die in der MAV vorgeschlagenen Mindestanforderungen an die Maturität. Die Partei legt ihren Überlegungen das Postulat einer hochstehen-

den und selektiven Maturität mit dem Ziel der allgemeinen Hochschulreife zugrunde. Ihrer Ansicht nach kann dieses mit den unterbreiteten Mindestanforderungen nicht gewährleistet werden.

Insbesondere bedauert die FDP die Marginalisierung der experimentellen Wissenschaften und die Nichtberücksichtigung der Wirtschaftswissenschaften im obligatorischen Fachbereich. Die FDP fordert zudem die Einführung eines schülerbestimmten Schwerpunktfaches zur vertieften Auseinandersetzung mit einem

DEM NEUEN AUF DER SPUR.

SULZER®
Technologie schafft Werte

K.138

einzelnen Wissenschaftszweige.

Die Freisinnigen befürworten jedoch die prinzipielle Einteilung der Fächer in eine grössere Gruppe obligatorischer Kernfächer und eine kleinere Gruppe von Pflichtwahlfächern.

Unverständlich

Die FDP bedauert den Entscheid der SP und des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB), gegen den Dringlichen Bundesbeschluss zur Arbeitslosenversicherung (ALV) das Referendum zu ergreifen. Angesichts der vom Parlament beschlossenen Verbesserungen in der ALV, aber auch angesichts der prekären Finanzlage des Bundes ist dieser Entscheid unverständlich. Die FDP weist darauf hin, dass mit der Verlängerung der Bezugsdauer der Arbeitslosenunterstützung von 300 auf 400 Tage das Problem der Arbeitslosigkeit für Langzeitarbeitslose entschärft werden kann. Die Kürzung der Taggelder um zehn Prozent für alleinstehen-

de Arbeitslose, deren Taggeld mehr als 130 Franken beträgt, erachtet die FDP als zumutbar.

Impressum

Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38.

Verantwortlich für die Redaktion:

Generalsekretariat FDP der Schweiz, Anna-Marie Kappeler (AMK). Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung:

Kretz Annoncen AG, Grütstrasse 63, Postfach, 8704 Herrliberg, Telefon (01) 915 38 03, Fax (01) 915 34 10.

Druck:

Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.–
Jahresabonnement Fr. 20.–



Nein zur Anti-Waffenplatz-Initiative, weil für eine moderne Ausbildung wie hier am Panzerjäger-Simulator auch Ausbauprojekte realisierbar bleiben müssen.

Fortsetzung von Seite 7

Beteiligung der Schweizer Industrie in die Waagschale gelegt werden. Nebst einem direkten Auftragsvolumen von rund 330 Millionen Franken werden ihr zusätzlich Ausgleichsgeschäfte im Umfang von über zwei Milliarden Franken zufließen, mit einer Auslastung von Tausenden von Arbeitsplätzen über rund zehn Jahre!

Nein auch zur Anti-Waffenplatz-Initiative

Die Annahme dieser ebenfalls aus armeefeindlichen Kreisen stammenden Volksinitiative würde eine zeitgemässe Ausbildung unserer Milizen enorm behindern. Sie will die Neuerrichtung (solche sind auf absehbare Zeit ohnehin keine vorgesehen) und Erweiterung von Übungs-, Schiess-, Waffen- und Flugplätzen in der Verfassung verbieten und damit den Ersatz und die Anpassung von veralteten und ausgedienten Anlagen verhindern. Für eine zeitgemässe und wirkungsvolle Ausbildung dringend nötige Ausbauprojekte könnten nicht mehr realisiert werden. Unsere jungen Soldaten könnten infolge untrag-

barer Ausbildungsbedingungen nicht mehr kampffähig geschult werden, was sich auf die Dienstmotivation verheerend auswirken würde.

Nein zur Destabilisierung

Es geht den armeefeindlichen Initianten um die Fortsetzung ihrer Bemühungen für eine totale Abschaffung des wichtigsten Instrumentes unserer Sicherheitspolitik, der Armee, dieses Mal in Raten. Sie nehmen zur Erreichung ihres Zieles auch die Demontage unseres Rechtsstaates, unseres gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systems, wie es von der Mehrheit unseres Volkes nach wie vor getragen wird, in Kauf. Und sie wollen damit auf Europa ausstrahlen, mit einer geplanten «Initiative für eine Schweiz ohne Beteiligung an einer europäischen Militärstruktur». Eine solche «Reklame» hat unser Land nach dem Entscheid vom 6. Dezember 1992 gewiss nicht nötig!

Beide Volksinitiativen verdienen aus staatspolitischen, sicherheitspolitischen, aber auch aus wirtschaftlichen Gründen am 6. Juni 1993 eine eindeutige Abfuhr. □

Kolumne

Die «classe politique» als Sündenbock



Die «classe politique» hat eine neue Funktion bekommen: sie wurde zum *allgemeinen Sündenbock*.

Sie ist schuld, dass die Defizite beim Bund, bei den Kantonen und Gemeinden so rasch in solcher Höhe entstanden sind; sie verhindert nicht, dass die Gesundheitskosten sich vermehren; sie hat der Wirtschaft mit falschen Rahmenbedingungen Fesseln angelegt; sie hat bei der letzten Bundesratswahl ein lamentables Bild geboten.

Wer ist diese «classe politique»? Man hat den Ausdruck in der Schweiz bis vor kurzem selten verwendet. Es gab National- und Ständeräte, Regierungs-, Kantons-, Gross- und auch Gemeinderäte, die alle vom Volk gewählt waren. Dass heute – im nachmarxistischen Zeitalter – vielfach von der «Klasse der Politiker» gesprochen wird, ist bereits ein Zeichen von *innerer Distanz* zum öffentlichen Geschehen, das doch in einer Demokratie, und vor allem in einer direkten, die Sache aller sein sollte. Warum sind heute nicht wenige Verbandsvertreter und Wirtschaftsführer, ja sogar ein Teil der SVP (ohne an sich selbst zu denken) und viele Stimmberechtigte bereit, den Sündenbock bei den «Politikern» unterzubringen?

Der Sturz aus der Hochkonjunktur in die Tiefen der Rezession und der Arbeitslosigkeit erfolgte in einem *übertreibend raschen Tempo*. Jene, die vor fünf Jahren die öffentliche Hand zum Masshalten bei den Ausgaben aufriefen, waren Rufer in der Wüste – die Exekutiven, wechselnde, vor allem linke Mehrheiten in den Parlamenten und selbst die Stimmberechtigten waren von Grosszügigkeit befallen und wenig beunruhigt über ein starkes Ansteigen der Ausgaben. Auch die Wirtschaft wurde von dieser Rezession völlig überrascht. Banken, die vor sechs Jahren den Bauherren Kredite noch nachwarfen, müssen heute gewaltige

Rückstellungen und Abschreibungen wegen Wertberichtigungen machen. Es mussten viele, zu viele Unterschlagungen und andere Sumpfb Blüten der Hochkonjunktur in der öffentlichen Verwaltung und der Wirtschaft aufgedeckt werden. Wir alle aber haben von den süßen Früchten der Hochkonjunktur genascht und *über unsere Verhältnisse gelebt*. Die nicht selten euphorischen politischen Entscheide der letzten Jahre waren Ausdruck einer Grundstimmung.

Auch für den Grossteil der Wirtschaft hat die *Rationalisierung* erst unter dem harten Druck einer verschärften Konkurrenz kräftig eingesetzt. In der Politik mahlen die Mühlen langsamer, weil die Entscheide Parlamente zu durchlaufen haben und vielleicht sogar die Zustimmung des Souveräns nötig ist – und weil es politische Kräfte, bis in den linken Flügel der CVP, gibt, die gar nicht sparen und rationalisieren wollen, sondern sofort nach höheren Steuern und Abgaben rufen.

Trotz allen Widerständen gilt es heute, den *politischen Wildwuchs der Hochkonjunktur energisch zurückzuschneiden*. Es gilt vor allem bei öffentlichen Geldern wieder strengere Massstäbe anzulegen. Das Ansehen der öffentlichen Tätigkeit gilt es zu verbessern – durch mehr Offenheit, mehr Geradlinigkeit und Ehrlichkeit, durch mehr Bereitschaft zum Dienst an der Öffentlichkeit und durch ethisches Verhalten. Vor allem sollten auch die Wirtschaft und die Verbände – wie der TCS bei der Benzinzollvorlage – wieder stärker ihre *Verantwortung für das Ganze* wahrnehmen und nicht mit verschränkten Armen und ironischen Bemerkungen aus der Loge heraus den politischen Kämpfern auf der Bühne zuschauen, die ihre Sache vertreten. Die direkte Demokratie kann sich *den Luxus der Showtime nicht leisten*.

Kurt Müller
Alt Nationalrat
Dr. Kurt Müller, Meilen

Sicherheitspolitik in der öffentlichen Meinung

Die folgenden Aussagen stützen sich auf eine langjährige Beschäftigung mit eigenen und fremden Befragungen zu sicherheitspolitischen

Einstellungen, insbesondere zum Verhältnis Gesellschaft - Armee in der Schweiz. Sie geben die persönlichen Ansichten des Autors wieder.

Dr. Karl W. Haltiner*

Im Zuge eines alle Industrienationen umfassenden Wertwandels hat sich in der Schweiz in den siebziger und achtziger Jahren die Identifikation mit den Wehreinrichtungen verändert. Das gilt insbesondere für die Armee. War diese früher ein schweizerisches Identitätssymbol und eine Art Schule der Nation, so wird sie heute nunmehr als eines der Instrumente der Sicherheitspolitik gesehen. Der Stellenwert des Militärs für das persönliche und das gesellschaftliche Leben in der Schweiz hat abgenommen. Der Faszinationsverlust des Bürgerleitbildes «Milizarmee» ist unverkennbar. Persönliche Nutzungserwägungen, nicht patriotische Motive bestimmen das Engagement für die Armee.

Dieser Prozess der Bewertungsänderung, man könnte ihn als Entzauberung oder Säkularisierung bezeichnen, ist indessen keineswegs typisch für das Militär. Ihm unterliegen wertwandelsbedingt ebenso Kirche, Staat, Parteien, Wissenschaft, Technik und andere Institutionen.

Das Ende des kalten Krieges und die Initiative «Für eine Schweiz ohne Armee» im Jahre 1989 haben die Neubewertung des Militärischen in der modernen schweizerischen Gesellschaft nicht ausgelöst, sondern bloss akzentuiert.



Im Vergleich zu früher hat der politische Rechtfertigungsbedarf für Rüstungsausgaben erheblich zugenommen: Bundesrat Villiger an einer Veranstaltung des FDP-Pressverbandes zusammen mit den beiden freisinnigen Ständeräten Christine Beerli (BE) und Otto Schoch (AR). (Photo ruti)

Hohe Zustimmungsrate

Falsch wäre es, den gesellschaftlichen Bedeutungsverlust des Militärischen als grundsätzlich abnehmenden Verteidigungswillen oder als fehlenden Willen zur nationalen Selbstbehauptung zu deuten. Zwar wird die Gewährleistung der nationalen Sicherheit seit einigen Jahren zusehends weniger unter einer wehrpolitischen Perspektive gesehen. Auch werden zivilisatorische, ökologische und ökonomische Bedrohungsformen heute deutlich höher gewichtet als militärische. Zudem ist Landesverteidigung auch in der öffentlichen Meinung nicht mehr die, sondern bloss eine unter vielen Staatsaufgaben.

Von einer zunehmenden Antimilitarisierung kann aber keine Rede sein.

Die Zustimmung zur Armee ist nach wie vor hoch. Je nach Befragungszeitpunkt befürworten hierzulande etwa zwei Drittel der Bevölkerung die Armee (vgl. Abbildung). Die durchschnittliche Zustimmungsrate hat im Vergleich zu den siebziger und frühen achtziger Jahren um etwa 10 Prozent bis 15

gegner. Eine etwa gleich grosse Gruppe unterstützt vorbehaltlos das herkömmliche Milizwehrmodell. Die mittlere Gruppe bekennt sich grundsätzlich zur Armee, wünscht aber Reformen.

Fragt man nach konkreten Änderungswünschen, so bleibt das Bild diffus. Es schälen sich ausser einem zentralen Postulat kaum dominante Wünsche heraus: Die Landesverteidigung sollte weniger kosten! In allen Befragungen sind klare Mehrheiten der Meinung, die Schweiz gebe zuviel für ihre Verteidigung aus. Gegenüber 1990/91 hat ihre Zahl allerdings leicht abgenommen (Abbildung).

Dem hohen Konsens mit Blick auf die Verteidigungsnotwendigkeit und die Verteidigungswürdigkeit der Schweiz steht somit ein Dissens über die Marschrichtung und die Aufwendungen in der Militärpolitik gegenüber.

Prozent abgenommen, liegt aber immer noch etwas über dem europäischen Durchschnitt (EG- und EFTA-Staaten etwa 60 Prozent, je nach Zeitpunkt der Befragung). Die Akzeptanzrate scheint heute sensibler als früher auf aktuelle innen- und aussenpolitische Ereignisse sowie auf Veränderungen der Bedrohungswahrnehmung zu reagieren. Es ist deshalb zu erwarten, dass sie künftig mehr als früher zu kurzfristigen Schwankungen neigen wird.

Kosten

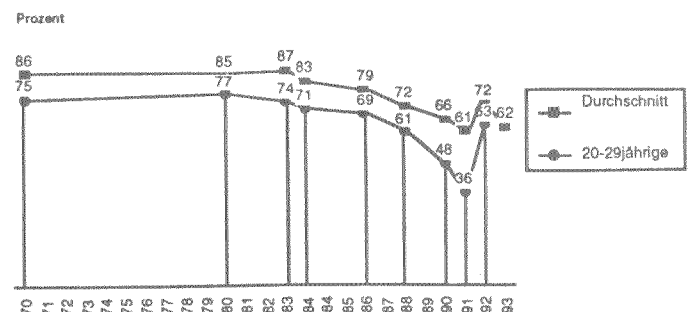
Im einzelnen zeigen verschiedene repräsentative Untersuchungen: Etwa 25 Prozent der befragten Personen bezeichneten sich als prinzipielle Armeegegner.

Als Folge dieser Entwicklung ist die Kritikbereitschaft gegenüber Armeeanliegen (Indikator: gestiegene Zahl von Volksbegehren) gewachsen. Der politische Rechtfertigungsbedarf für die Rüstungsausgaben hat im Vergleich zu früher erheblich zugenommen.

Weltpolitische Lage

Hatte das Ende der Ost-West-Konfrontation Hoffnungen für

Notwendigkeit der Armee



Quellen: 1970, 1980: Verein zur Förderung des Wehrwillens; 1983: Haltiner (1985b); 1984: Institut ISOPUBLIC Zürich; 1986: Riklin, Frei 1986; 1988: Riklin, Laggner 1988; 1990: Riklin, Halen 1990; 1991: Buri, Haltiner, Spillmann 1991; 1992: Haltiner, Bertossa; 1993: UNIVOX

* Dr. Karl W. Haltiner, seit 1990 Dozent für Soziologie des Militärs an der Militärischen Führungsschule der ETH Zürich; Leiter von mehreren Befragungsstudien zur Sicherheitspolitik und zur Armee; diverse Publikationen, darunter: Milizarmee – Bürgerleitbild oder angeschlagenes Ideal? Frauenfeld 1985. Angaben zu einzelnen Untersuchungen beim Autor: MFS/ETHZ, Steinacherstrasse 101 B, 8804 Au/Wädenswil, Tel. (01) 782 11 22.

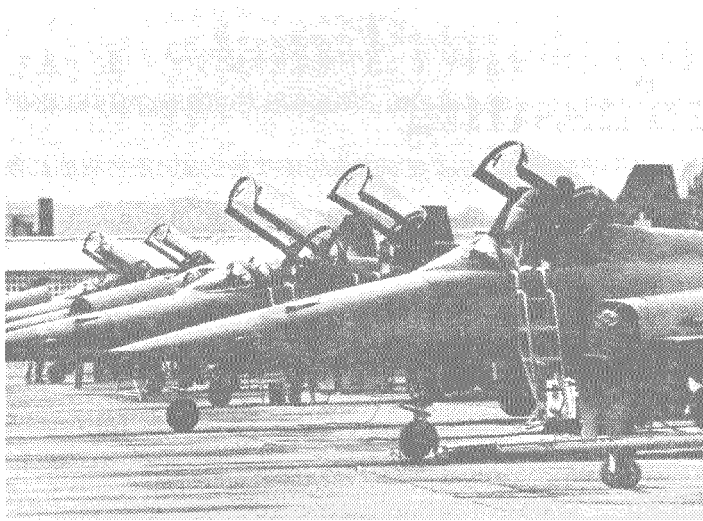
eine friedliche Welt geweckt, so brachten die neunziger Jahre sicherheitspolitisch eine gewisse Ernüchterung. Der Golfkrieg, das Aufflammen von ethnischen und nationalistischen Konflikten, allen voran der ausdauernde, sich durch schockierende Brutalität auszeichnende Krieg in Jugoslawien, scheinen die Friedens euphorie in der Bevölkerung gedämpft zu haben. Der europäische Integrationsprozess hat überdies sichtlich an Schwung verloren.

Im Vergleich zu den Jahren 1990/91 wird die weltpolitische Entwicklung heute wieder düsterer eingeschätzt (Abbildung). Darin dürfte sich eine allgemein pessimistischer gewordene Grundstimmung widerspiegeln, die sicherheitspolitische, politische und ökonomische Aspekte gleichermaßen umfasst.

Interesse

Das gezeigte Interesse für eine Sache darf als Hinweis für die Bedeutung gelten, die man ihr zumisst. Politik im allgemeinen und Sicherheitspolitik im besonderen gehören nicht zu den Lebensbereichen von ersterer Wichtigkeit für die Bürgerinnen und Bürger westlicher Demokratien. Dies zeigen politologische Studien. Sicherheitspolitik zeichnet sich überdies durch einen hohen Grad an Komplexität aus.

Hinzu kommt, dass sich im Gefolge des Wertewandels in der öffentlichen Meinung Begriffe wie «Sicherheit», «Bedrohung» und «Risiko» verschoben haben und nicht mehr für alle Bürgerinnen und Bürger dasselbe beinhalten. Nationale Sicherheit gehört überdies zu den klassischen Kollektivgütern, die in modernen individualistischen Gesellschaften



Tiger-Staffel in Payerne im April 1993: Persönliche Nutzen erwägungen, nicht patriotische Motive bestimmen das Engagement für die Armee. (Photo Stahl)

vor allem dann zu interessieren vermögen, wenn man sich davon einen persönlich erfahrbaren Nutzen verspricht oder wenn individuelle Nachteile drohen. Gemessen an diesen Ausgangsbedingungen, ist Sicherheitspolitik keine bürgernahe Politik, mit der sich Staat machen lässt.

Auf wiederholt gestellte entsprechende Fragen geben etwas mehr als jeder zweite Bürger und etwas weniger als jede zweite Bürgerin an, sich für die Belange der nationalen Sicherheit und der Landesverteidigung sehr bzw. recht stark zu interessieren.

Das Interesse steigt tendenziell mit dem Alter. Bei jüngeren Personen scheint es stärker aktualitätsbedingt zu schwanken als bei älteren.

So legten beispielsweise 1989 im Vorfeld zur Initiative «Für eine Schweiz ohne Armee» junge Befragte ein deutlich überdurchschnittliches Interesse an den Tag. Das sicherheitspolitische Interesse

der Frauen hat von 1983 bis 1992 zwar nur leicht, aber bleibend zugenommen. Die sicherheitspolitische Meinungsbildung wird dadurch zunehmend weniger männlich dominiert, das weibliche Beurteilungselement gewinnt an Gewicht.

Informationsstand

Etwas mehr als die Hälfte aller Befragten (Befragungen 1983 und 1992) fühlen sich sicherheitspolitisch genügend im Bild. Diese Selbsteinschätzung deckt sich allerdings nicht mit dem tatsächlich vorhandenen Informationsstand. So wird, wie wiederholte Befragungen zeigen (1983, 1989, 1992), im allgemeinen das Ausmass der Verteidigungsausgaben, gemessen am Bundeshaushalt, überschätzt.

Deutliche Wissensdefizite bestehen auch im Blick auf die wehrpolitischen Vorlagen vom Juni 93 (Studie mit repräsentativer Befragung in allen drei Landesteilen bei 1000 Personen, Nov./Dez. 1992):

- Runde sechs Monate vor der Abstimmung geben bloss zwei Drittel der befragten Bevölkerung an, schon von den beiden Initiativen gehört zu haben. (Dies obwohl die Moratoriumsinitiative damals im Parlament zur Debatte stand und die Unterschriftensammlung für die Moratoriumsinitiative publizistisch grosse Wellen geworfen hatte.)

- Von der Moratoriumsinitiative weiss man primär, dass sie die Beschaffung des F/A-18 verhindern soll, nur wenigen ist das generelle Beschaffungsverbot bis zum Jahre 2000 bekannt. Der Verhinderungaspekt, nicht der Moratoriumsaspekt, bestimmt den Wissensstand.

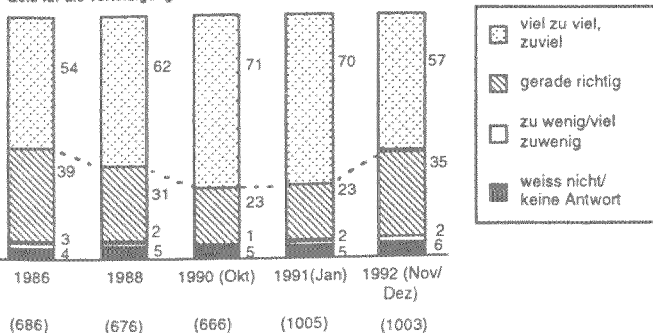
- Die Herkunft der Initiative («Gruppe Schweiz ohne Armee») ist nur etwa drei von zehn Befragten bekannt.

- Bloss etwa ein Drittel aller Befragten vermag die Flugzeugbeschaffungskosten richtig abzuschätzen. Es besteht eine deutliche Neigung, die finanziellen Aufwendungen zu überschätzen. Demgegenüber wird die Zahl der zur Anschaffung geplanten Flugzeuge allgemein unterschätzt.

- Von der Waffenplatzinitiative ist vor allem der Begrenzungsaspekt bekannt. Wenige verweisen auf die Erschwernisse bei der Erneuerung von Ausbildungsanlagen.

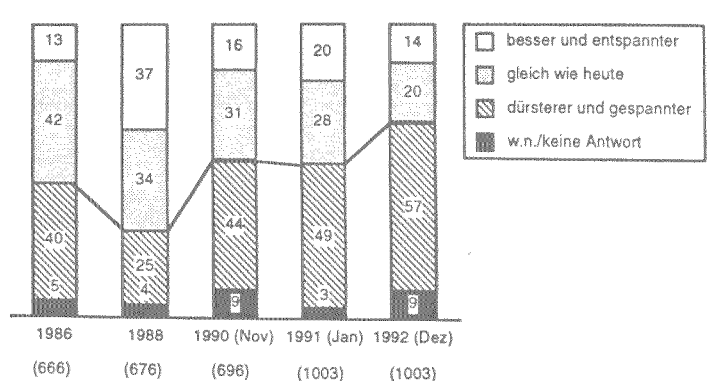
Im November/Dezember 1992 waren die Meinungen zu den beiden Initiativen noch nicht gemacht. Nur rund die Hälfte der Befragten hatte sich damals für eine Stellungnahme bei der Moratoriumsinitiative entschieden (davon 57 Prozent pro) und bloss vier von zehn Befragten bei der Waffenplatzinitiative (davon 67 Prozent pro). □

Gibt Ihrer Meinung nach die Schweiz viel, zuviel, gerade richtig oder viel zuwenig Geld für die Verteidigung aus?



Quelle: Riklin/Frei (1986), Riklin/Laggner (1988), Riklin/Hafner (1991), Buri/Haltiner/Spillmann (1991), Haltiner/Bertossa (1992)

Bedrohungswahrnehmung Glauben Sie, dass die weltpolitische Lage in den nächsten 5 Jahren besser und entspannter oder düsterer und gespannter wird?



Quelle: Riklin/Frei (1986), Riklin/Laggner (1988), Riklin/Hafner (1990), Buri/Haltiner/Spillmann (1991)

Einladung

Gatt-Parolenfassung

Einladung zur ordentlichen Delegiertenversammlung vom 23./24. April 1993 in Genf, Hotel Penta

Freitag, 23. April 1993

15.00 **Eröffnungsansprache des Parteipräsidenten**
Nationalrat Franz Steinegger, Flüelen UR

15.20 **Gatt: Die Uruguay-Runde aus schweizerischer Sicht**

- Einleitendes Referat von *Dr. Pierre-Louis Girard*, Botschafter, Delegierter für Handelsverträge, Bern
- Podiumsgespräch

Leitung:

Jean-Luc Ledérrey, Redaktor, «Journal de Genève»

Teilnehmer:

Nationalrätin Vreni Spoerry, Horgen ZH, *Nationalrat Peter Tschopp*, Genf, *Nationalrat Christian Wanner*, Messen SO, *Dr. Jürg Zeller*, Direktor der Vereinigung des Schweizerischen Import- und Grosshandels (VSIG), Basel

- **Gatt-Positionspapier der FDP**

Präsentation von *Ständerat Prof. Rico Jagmetti*, Zürich
Plenumsdiskussion und Verabschiedung des Thesenpapiers

Schlussreferat von *Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz*,
Vorsteher des EVD

19.45 Apéritif

20.30 Unterhaltungsabend der FDP Genf, Hotel Penta

Samstag, 24. April 1993

9.00 **Statutarische Geschäfte**

- Jahresbericht
- Partearbeit: Stand der Arbeiten in den Projektgruppen, insbesondere Frauenförderung
- Volksinitiative «Ausgabenbremse»: weiteres Vorgehen

10.00 **Eidgenössische Abstimmungsvorlagen**

- Volksinitiative «40 Waffenplätze sind genug – Umweltschutz auch beim Militär»

Referate von

Nationalrätin Irène Gardiol (Grüne), Pully VD: pro
Ständerat Ernst Rüesch, St. Gallen: contra

- Volksinitiative «für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge»

Podiumsgespräch

Leitung:

Ulrich Pfister, Bern

Teilnehmer:

Christiane Langenberger, Romanel VD, *Prof. Curt Gasteyger*, Professor HEI, Genf, *Nationalrat Michel Béguelin* (SP), Lausanne, *Nationalrat Pascal Couchepin*, Martigny VS, *Ständerat Willy Loretan*, Zofingen AG

Standpunkt des Bundesrates von *Bundesrat Kaspar Villiger*, Vorsteher EMD

Diskussion im Plenum und Parolenfassung

12.00 Schluss der Versammlung, anschliessend Apéritif

FDP-Aktion

Dringend Ferienplätze gesucht

Seit der politischen Wende in den Oststaaten nimmt die Einwanderung der Aussiedler in Deutschland zu. Die meist in ganzen Familien in den Durchgangsheimen eintreffenden Aussiedler haben sich entschieden, nach Deutschland übersiedeln, weil sie als Deutschstämmige in ihrer bisherigen Heimat zur Ausreise gedrängt werden bzw. keine Entwicklungsmöglichkeiten für sich und ihre Familien sowie für die Pflege ihrer Muttersprache und nationalen Kultur haben. Die politische Umbruchsituation in der ehemaligen UdSSR sowie die jüngsten Ereignisse haben die Angst der Deutschen und die Unsicherheit ihrer Lebenssituation verschärft, was sich in der zunehmenden Zahl der Aussiedler zeigt. Hinzu kommt der Druck der einheimischen Bevölkerung (Kasaden, Kirgisen) auf Russen und Deutsche gleichermaßen.

Für die Kinder bedeutet die Aussiedlung die Trennung von

ihren Freunden und ihrer gewohnten Umgebung, oftmals auch von nahen, lieben Verwandten. Aber auch in ihrem neuen Heimatland, wo die Kinder mit ihren Problemen mit der deutschen Sprache nun integriert werden müssen, erwartet sie vorerst noch keine Verbesserung ihrer Lebenssituation.

Hier will unsere Stiftung eingreifen und den Kindern mit einer Ferienvermittlung bei einer Schweizer Familie die Integration erleichtern helfen. Die Kinder sind gegen die Folgen von Unfall und Krankheit versichert. Sie treffen am Samstag, dem 8. Mai 1993, in der Schweiz ein und möchten während vier Wochen in einer Schweizer Familie erholsame Ferien verbringen.

Kontaktadresse: Marcel Aeschbacher-Stiftung, Postgasse 84, 3000 Bern 26, Tel. (031) 24 60 00, wo auch das Anmeldeformular bezogen werden kann.

Marcel Aeschbacher

Zur ordentlichen Delegiertenversammlung sind alle FDP-Mitglieder herzlich eingeladen.



Anmeldetalon

für die ordentliche Delegiertenversammlung vom 23./24. April 1993

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Ich wünsche eine Zimmerreservation.

Talon bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. (031) 22 34 38, Fax (031) 21 19 51.

Gatt: Hort der «Anti-Protektion»

Seit 1986 verhandeln mehr als hundert Staaten im Rahmen der Uruguay-Runde über neue Regeln des Welthandels. Ziel dieser Verhandlungen ist es, den Teilnehmerstaaten einen verbesserten gegenseitigen Marktzutritt zu gewähren sowie die Handelsregeln und die Funktionsfähigkeit des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) zu stärken.

◊ Sven Bradke*

In der Öffentlichkeit wird immer wieder das Agrardossier diskutiert. Das Rechtswerk der achten Welthandelsrunde umfasst jedoch wesentlich mehr als die «Teilliberalisierung» des landwirtschaftlichen Güterverkehrs. Von besonderem Interesse sind die Regelungen und Liberalisierungen, welche die verschiedenen Industrie- und Dienstleistungsbranchen betreffen. Bei einem Scheitern der Uruguay-Runde hätten diese beiden Wirtschaftssektoren beträchtliche volkswirtschaftliche Kosten zu tragen. Informationen und Diskussionen über das gesamte Paket der Uruguay-Runde sind deshalb dringend erforderlich!**

Seit der Gründung des Gatt im Jahre 1947 verfolgen die Vertragsparteien das Ziel, auf der Grundlage der Gegenseitigkeit einen wesentlichen Abbau der Zölle und anderer diskriminierender Handelshemmnisse zu erreichen. Dabei spielten die Prinzipien der Meistbegünstigung, der Zollbindung, der Nichtdiskriminierung und der Reziprozität eine entscheidende Rolle.

* Mitarbeiter am Schweizerischen Institut für Aussenwirtschafts-, Struktur- und Regionalforschung (SIASR) an der Hochschule St. Gallen unter Prof. Hauser, engagiertes FDP-Mitglied. Arbeitet gegenwärtig an einer wirtschaftspolitischen Studie im Rahmen des NFP-28 (Nationalfondsprogramm 28).

** Im Rahmen dieser wirtschaftspolitischen Reihe werden weitere Berichte zum Gatt und zur Uruguay-Runde folgen. Die FDP Schweiz befasst sich an ihrem Parteitag in Genf am 23./24. April 1993 (Einladung S. 12) ebenfalls mit dem Gatt.

Meistbegünstigung

Artikel 1 des Gatt-Vertrages definiert die Meistbegünstigung. Sie besagt, dass «alle Vorteile, Vergünstigungen, Vorrechte oder Befreiungen, die eine Vertragspartei für eine Ware gewährt, welche aus einem anderen Land stammt oder für dieses bestimmt ist, unverzüglich und bedingungslos für alle gleichwertigen Waren gewährt (werden), die aus den Gebieten der anderen Vertragsparteien stammen oder für diese bestimmt sind». Dies bedeutet, dass sämtliche Handelszugeständnisse, die einem bestimmten Staat eingeräumt werden, unverzüglich und bedingungslos allen Vertragsparteien gewährt werden müssen.

Zollbindung

Mittels der Zollbindung wurden in der Vergangenheit ausgehandelte Zolltarife für verschiedene Warenpositionen in sogenannte Länderlisten eingetragen. Dadurch verpflichteten sich die entsprechenden Staaten, keine höheren als die festgelegten Zölle zu verlangen und in Zukunft die Zölle nicht anzuheben, sondern höchstens zu senken.

Nichtdiskriminierung

Das Prinzip der Nichtdiskriminierung verpflichtet die Staaten, die Waren aller Vertragspartner des Gatt rechtlich gleich wie jene der eigenen importkonkurrierenden Anbieter zu behandeln. Die Nichtdiskriminierung lässt sich deshalb auch als Inländerbehandlung umschreiben. Sofern staatliche Regulierungen diskriminierende Wirkung entfalten, sind im Rahmen des gültigen Gatt-Vertrages Beschwerde- bzw. verhältnismässige Gegenmassnahmen möglich (das öffentliche Beschaffungswesen war bisher davon ausgenommen).

wesen war bisher davon ausgenommen).

Reziprozität

Als weiteres Prinzip ist die Reziprozität zu nennen. Wie im Falle des Swiss-Lex, bei dem man der EG Marktzutrittsrechte gewähren will, sofern sie Gegenrecht walten lässt, spielt dieses «Gegenrecht» auch im Rahmen des Gatt eine bedeutende Rolle.

Diese Reziprozität oder «Ich-gebe-Dir-und-Du-gibst-mir-Regel» wird beim Gatt jedoch für wesentlich grössere Bereiche verwendet. So werden beispielsweise Zugeständnisse bei der Öffnung des Agrarmarktes mit Zugeständnissen im Industriegütermarkt «getauscht» und umgekehrt. Da über die Meistbegünstigungsklausel ein einem Staat gewährtes Zugeständnis unverzüglich und bedingungslos allen Vertragspartnern gewährt werden muss, verhandeln oftmals die vital betroffenen Handelsnationen (bilateral und trilateral) einen «reziproken

Tausch» aus, der anschliessend für alle beteiligten Nationen Wirkung entfaltet. Der aktuelle Agrarkonflikt zwischen der EG einerseits und der USA andererseits verläuft genau nach diesem Muster.

Mittels des Gatt-Vertrages und der oben genannten Prinzipien konnte ein beachtlicher Erfolg der handelsmässigen Liberalisierung erzielt werden. Vor allem die Zollsenkungen der verschiedenen Runden haben beträchtlich zur Erhöhung der Welthandelsströme und der gegenseitigen Markttöffnung beigetragen.

Uruguay-Runde

Dieser Erfolg wird allerdings durch eine verstärkte Umgehung der Gatt-Regeln getrübt. Neue, unlautere Handelspraktiken (z. B. Dumping, Subventionen), diskriminierende Ver-

Fortsetzung auf Seite 14

Uruguay-Runde: Provisorische Inhalte des Gesamtpaketes

- Abbau konsolidierter tarifärer und nichttarifärer Handelsbegrenzungen
- Neue Ursprungsregeln
- Regelung des Wareninspektionswesens
- Änderung bestehender Kodizes
 - Antidumpingverfahren
 - technische Handelshemmnisse
 - Einfuhrlicenzen
 - Subventionen
 - Zollwertberechnung
 - öffentliches Beschaffungswesen (gehört nicht zum «single package»)
- Regelsystem für den Agrarhandel
- Integration des Multifaserabkommens ins Gatt-Regelwerk
- Revision von einzelnen Gatt-Artikeln
- Strafferes Streitschlichtungsverfahren
- Neue institutionelle Organisation des Gatt
- Regelungen über handelswirksame Investitionen (TRIMs)
- Regelungen über den Schutz geistigen Eigentums (TRIPs)
- Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS)
- Verschiedene sektorale Annexe zum Abkommen
 - Transportwesen
 - Luftfahrt
 - Telekommunikation
- Schaffung einer multilateralen Handelsorganisation (MTO)

Fortsetzung von Seite 13

haltensweisen (z. B. Vergabe öffentlicher Aufträge und Anwendung technischer Vorschriften) sowie Handelspolitik im Grauzonenbereich (z. B. freiwillige Exportbeschränkungen) erodieren seit längerem das Gatt-Vertragswerk und die liberale Welthandelsordnung.

Auf Grund dieser alarmierenden handelspolitischen Feststellungen wurde 1986 die Uruguay-Runde einberufen. Mittels einer Revision des Gatt-Abkommens sowie der Integration neuer Bereiche ins Gatt-Regelwerk (geistiger Eigentumsschutz, Handel mit Dienstleistungen u. a.) sollen die wettbewerbsverzerrenden Massnahmen rechtlich beschränkt und die Ausweitung protektionistischer Interventionen verhindert werden.

Sofern das Gatt auch in Zukunft noch der «Hort des Anti-Protektionismus» sein soll, ist ein positiver Abschluss der laufenden Verhandlungen dringend notwendig!

Auswirkungen auf die Schweiz

Im Falle der gütlichen Einigung der Vertragsparteien ist in der

Schweiz mit einem fakultativen Referendum zu rechnen, da es sich beim «neuen Gatt» um eine internationale Organisation mit multilateraler Rechtsvereinheitlichung handelt. Im weiteren ist ein Gatt-Lex-Programm zu erwarten, da die vorgesehenen Zugeständnisse Gesetzesänderungen nach sich ziehen würden.

Betrachtet man die bisher erreichten Verhandlungsergebnisse, so sind Verbesserungen des Marktzutritts, der Rechtssicherheit und der Transparenz feststellbar. Zahlreiche Regelungen im grenzüberschreitenden Warenverkehr, im Handel mit Dienstleistungen und im institutionellen Bereich dürften zudem zu einer massgeblichen Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit schweizerischer Unternehmen auf den internationalen Märkten führen.

Es bleibt zu hoffen, dass sich die Vertragsparteien des Gatt endlich einigen und die zu erwartenden Auseinandersetzungen zwischen Vertretern der Landwirtschaft und der anderen Branchen friedlich und partnerschaftlich verlaufen.

Mehr eine Voraus- als eine Rückschau

Die Bundesratswahl ist vorüber. Sie war kein Meisterwerk, weder auf der linken noch auf der rechten Seite des politischen Spektrums.

Was hat man erreicht? Statt einer ungeliebten, angeblich inakzeptablen Kandidatin hat man deren exaktes und austauschbares Spiegelbild gewählt. Dass es dabei nicht ohne Strapazierungen der Domizilfrage abging, machte die Situation nicht besser. Hat es sich gelohnt, um dieses Resultates willen die Angelegenheit bis zur Beinahe-Aufkündigung der Zauberformel aufzublasen, wenn man im heutigen politischen Umfeld die ganze Konfrontation mit der SP nicht durchhalten wollte? Es wäre im übrigen nicht leicht gewesen, eine in den entscheidenden Sachfragen anders denkende Sozialdemokratin zu finden, das politische Credo der beiden «Zwillingschwestern» dürfte heute von den meisten linken Politikerinnen geteilt werden. Schwer auszumachen, was bei dieser Konstellation für eine freisinnige Wahlempfehlung gesprochen hat. So, wie die Dinge gelaufen sind, musste man sich am Ende damit begnügen, schlecht und recht das Gesicht zu wahren.

Das alles liegt heute indessen zurück. Es bleibt zu hoffen, dass sich die neue Bundesrätin zu einer zwar linken, aber ebenso guten Magistratin entwickelt, wie sich Herr Matthey und Frau Brunner als gute Verlierer präsentiert haben.

Eines aber ist wesentlich. Durch diese Bundesratswahl ist die *Frauenfrage* endgültig losgetreten worden. Dies, obwohl es gar nicht um die Alternative Mann/Frau, sondern um die Haltung in Sachfragen gegangen ist. Der «Frauenanspruch» war unbestritten. Der Mehrheit der Medien und der Linken ist indessen die Umstilisierung der Wahl in ein Frauenproblem perfekt gelungen.

Dieses Thema wird uns bis zu den nächsten Wahlen und weit darüber hinaus nicht mehr loslassen. Vorab die Linke wird

es für sich reklamieren. Gewährt die FDP aber freundlicherweise auf den verschiedenen Ebenen, kommunal, kanton und eidgenössisch, der Linken für diesen Wahlschlag den Vortritt, so riskiert sie, Wähleranteile zu verlieren. Die Wahlen im Aargau bedeuten eine Warnung. Was nützen überzeugende Parteiprogramme, wenn die Machtbasis für deren Durchsetzung wegen wahltaktischer Unterlassungen schwindet?

Gefragt ist die *gezielte Förderung des Nachwuchses von freisinnigen Politikerinnen*. Der Weg dazu führt nicht über linksfeministische, unwürdige Hilfskonstruktionen wie Quotenregelungen und andere Zäune um ein Frauengärtchen. Er führt über die Gewährung von echten Wahlchancen für politikkarrierewillige Aufsteigerinnen. Geduldig und bar jeder Erfolgsaussichten im unteren Mittelfeld des Wahlzettels als Photofrau zu warten ist – im heutigen Jargon ausgedrückt – nicht jederfrau Sache.

Dr. Oswald Aepli,
Küsnacht ZH


Dank

Herr Ständerat Iten, für Ihren Artikel im letzten FDP-Blatt will ich Ihnen persönlich sehr danken. Sie ermöglichen mir, mich in der FDP (der ich seinerzeit als Schulkommissionsmitglied im Kanton Luzern aus ideellen Gründen beirat) noch vertreten zu fühlen.

Dass Parteipräsident Steiner sich und die Haltung der Fraktion derart verteidigen muss gegenüber Parteimitgliedern, die auf Konfrontation setzen (und nicht an die Zukunft des ganzen Volkes denken), gibt mir entsprechend zu denken.

Robert Rumpf-Steiner
Wabern

Eine Armee
ohne Flugwaffe
ist keine
Armee!

Am 6. Juni  **2 x NEIN**
zur Armee-Abschaffung
in Raten.

Wir brauchen Ihre Unterstützung! Für jede Barspende sind wir dankbar: PC-Konto **80-62 492-6**, Schweizerisches Aktionskomitee gegen eine Schweiz ohne Schutz: **2x NEIN** am 6. Juni 1993, Postfach 502, 8034 Zürich. Oder bestellen Sie Ihr persönliches Inserat über die gleiche Adresse.

Neuer Aufbruch

Die Bundesratswahlen sind vorbei. Frauen haben Politik gemacht – nicht nur vor dem Bundeshaus, sondern in den Parlamenten, in Frauengremien, am Arbeitsplatz und in den Familien. Frauen fordern ihre Rechte, so laut wie schon lange nicht mehr. Im grossen Strudel der Emotionen liessen sich nicht nur die Sozialdemokratinnen, sondern auch viele bürgerliche Frauen mitreissen. Viele Frauen, auch solche ohne Parteibildung, forderten endlich eine Vertretung im Bundesrat – zu Recht und mit Erfolg.

Franziska Frey-Wettstein*

Jetzt ist Ruth Dreifuss in den Bundesrat eingezogen. Sie ist ganz eindeutig dem linken Spektrum der SP verpflichtet. Die Rechnung wird für uns freisinnige Frauen aber erst dann aufgehen, wenn wir wieder unsere eigene Bundesrätin haben. Bis dahin bleiben unsere politischen Forderungen und unsere Ansprüche auf dieses Amt weiterhin bestehen.

Doch es ist auch bei den bürgerlichen Frauen Bewegung entstanden. Ein neuer Aufbruch zeichnet sich ab. Frauen schreiben Briefe, kritisieren, haben Ideen – wir freuen uns darüber und hoffen, dass die Erlebnisse der letzten Zeit auch die Frauen in unserer Partei zu vermehrter politischer Arbeit motivieren werden.

Klare Botschaften

Aus den vergangenen Tagen können wir lernen. Die beiden Bundesratskandidatinnen ha-

ben klare Botschaften übermittelt, die über die Parteigrenzen hinweg für uns Frauen Gültigkeit haben: Brunner und Dreifuss propagierten vor dem Bundeshaus nicht etwa eine Abschaffung der alten etablierten Regierungsstrukturen, sondern sie forderten mehr Platz für die Frauen in ebendiesen Strukturen. Die verlorene Schlacht und nicht der verlorene Krieg wurde bedauert, und die Aufforderung an die Frauen, die bestehenden Strukturen besser zu nutzen und einen neuen, weiblichen «Marsch durch die Instanzen» anzutreten, wie er seinerzeit von der Poch propagiert wurde, war eindeutig.

Die Aufforderung, mit mehr Mut und politischem Engagement an die Öffentlichkeit zu treten, gilt für alle Frauen. Sich in den Instanzenzug einzugliedern und für freierwerdende Sitze zur Verfügung zu stellen bedeutet gerade für freisinnige Frauen oftmals eine Überwindung.

Es darf in Zukunft nicht mehr vorkommen, dass

* Präsidentin der Schweizerischen Vereinigung der freisinnig-demokratischen Frauen (SVFF)

Männer vergeblich nach Kandidatinnen für Listen und Positionen suchen müssen. Es darf aber auch nicht mehr so sein, dass Frauenpolitik in unserer Partei Frauensache ist.

Es muss selbstverständlich werden, dass Frauen da sind und auch gewählt werden. Es muss selbstverständlich werden, dass alle Gremien zusätzliche Anstrengungen unternehmen, Frauen anzuwerben und besser zu integrieren.

Die zweite Botschaft der beiden Bundesratskandidatinnen war die der beiden Schwestern. «Wir ziehen zusammen in den Kampf und lassen uns vom schmutzigen Geschäft der (Männer-)Politik nicht beeindrucken», sagten sie. Frauen sollen in der Politik, in der Partei zusammenhalten und sich nicht gegeneinander ausspielen lassen. Sie sollen sich in aller Öffentlichkeit gegenseitig unterstützen und ihre Kräfte dafür einsetzen, dass die Kolleginnen gewählt werden. Die politische Stärke, die eine solche Haltung ausstrahlt, die Möglichkeiten, die damit verbunden sind, müssen auch bei uns genutzt werden.

Unsere Arbeit für die Frauen

Für uns freisinnige Frauen gilt es jetzt vor allem, auf dem vorgezeigten Weg weiterzugehen. Im Herbst 1992 erschien eine Analyse von Dr. Than-Huyen Ballmer-Cao, die die Stellung der Frauen nach den Nationalratswahlen untersuchte und feststellte, dass besonders wir freisinnigen Frauen in den Wahlen schlecht abschnitten. Dies war der Ausgangspunkt für einen ersten Massnahmenplan zur Frauenförderung in unserer Partei. Dieser, von der

Geschäftsleitung FDP Schweiz verabschiedet, wird jetzt in ein konkretes Aktionsprogramm umgesetzt.

Eine Tagung im letzten Januar brachte die freisinnigen Frauen erstmals zusammen, um Strategie und Taktik zur besseren Durchsetzung ihrer politischen Anliegen zu diskutieren (s. Artikel S. 16). Folgetagungen zu Sachfragen sind geplant.

Unsere Arbeit für die Frauen im Rahmen des Freisinns soll weiter intensiviert werden. Wir wollen die Gunst der Stunde nutzen, aber uns selbst nicht untreu werden.

Freisinnige Frauenpolitik ist eine liberale Politik, die den Aufbruch zu neuen Ufern im Rahmen des freisinnigen Gedankengutes vorbereitet und nachhaltig fordert, dass aus der erwähnten Studie von der freisinnigen Partei die notwendigen Konsequenzen gezogen werden. Wir fordern ein frauenfreundlicheres Klima, mehr Raum für Themen, die Frauen besonders interessieren, ein Engagement der Männer in Frauenfragen und klare Vorgaben der FDP Schweiz an die Kantone.

Wir brauchen mehr Rückhalt und mehr Unterstützung in der eigenen Partei.

EWR-Initiative

Frauen für den EWR unterstützen EWR-Initiative

Das überparteiliche Komitee «Schweizer Frauen für den EWR», dem auch viele freisinnige Frauen angehören, hat beschlossen, sich weiterhin für eine Öffnung der Schweiz und eine verstärkte Integration der Schweiz in Europa und der Welt aktiv einzusetzen.

Im Vordergrund steht die aktive Unterstützung der Unterschriftensammlung für die EWR-Initiative, welche vom Komitee «Geboren am 7. Dezember» lanciert wurde. Ein späterer Beitritt der Schweiz zum EWR ist gemäss Ergänzungsprotokoll zum EWR-Abkommen möglich. Die Initiative ist ein wichtiges Instrument, um die Europa-Diskussion in der Schweiz weiterzuführen und zu vertiefen.

U. S.

G. W.

Kampf gegen die neue Armut

Die Freisinnige Frauengruppe Schaffhausen, unterstützt von der Schweizerischen Vereinigung Freisinniger Frauen, hat beim Präsidenten des Zentralrates der SRG, Eric Lehmann, eine Petition mit 510 Unterschriften eingereicht.

Die Petentinnen verlangen einen audiovisuellen Fernunterricht für Erwachsene mit

Defizit in der Grundschulbildung. Zur Finanzierung soll der BIGA-Fonds für nicht-gewinnorientierte Weiterbildung beigezogen werden.

Das Unterrichtsangebot soll Hausfrauen und -männern, alleinerziehenden Müttern und Vätern sowie Arbeitslosen den Schulstoff der gehobeneren Orientierungsstufe vermitteln

und ihnen den Einstieg in anspruchsvollere Berufslehren ermöglichen.

Die Petentinnen fordern eine breit angelegte Bildungsoffensive, um zu verhindern, dass ein grosser Teil der Bevölkerung zu Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern degradiert wird.

Strategien zur Frauenförderung

Ergebnisse der SVFF-Tagung vom 15./16. Januar 1993 in Zürich

Der Frauenanteil in politischen Gremien ist immer noch zu gering. Es ist deshalb unbedingt notwendig, mehr Frauen in die politische Arbeit mit einzubeziehen und sie entsprechend zu unterstützen. Es gilt zudem, Strategien zu entwickeln, die es den gewählten Frauen erlauben, ihren Anliegen trotz Minderheit in den Räten das nötige Gehör zu verschaffen.

Für uns FDP-Frauen stehen folgende Punkte im Vordergrund:

Frauensolidarität

Wir Frauen müssen uns gegenseitig unterstützen, andere Meinungen und auch andere Lebensbiographien tolerieren. Nur so besteht eine Chance, die zahlenmässige Untervertretung durch eine optimale Nutzung der vorhandenen Kräfte auszugleichen.

Wir müssen aber auch selber Frauen wählen, ihnen gute Listenplätze verschaffen und sie zum Beispiel kumulieren. Sorgen wir zudem für eine gegenseitige Rückenstärkung, wenn sich Frauen exponiert haben:

Unterstützen wir sie durch einen Leserbrief, einen persönlichen Telefonanruf usw.

Politische Ausbildung

Unsere Partei muss uns eine politische Ausbildung ermöglichen. Sei es durch Kurse (zum Beispiel in Rhetorik oder

Sitzungsleitung), sei es durch die Unterstützung von amtsälteren Kolleginnen. Profitieren wir von deren Erfahrungen! Dies gibt uns Selbstvertrauen und die nötige Sicherheit im Auftreten.

Eigeninitiative

Agieren anstatt nur reagieren: Wir Frauen müssen politische Themen, die uns wichtig sind, frühzeitig angehen. Überlassen wir beispielsweise Sozial-, Umwelt-, Gesundheits- und Drogenpolitik nicht einfach anderen Parteien. Profilieren wir uns damit, auch wenn wir unter Umständen in den eigenen Reihen nicht sofort Lorbeeren ernten. Haben wir den Mut, uns zu exponieren.

Kompetenz

Wir müssen unsere Anliegen mit Kompetenz und Fachwissen nach aussen vertreten. Frauen haben hier möglicherweise einen Vorsprung: Durch Gründlichkeit, Zuverlässigkeit,

Unabhängigkeit im Urteil und teils auch mehr Zeiteinsatz (Eigenschaften, die im allgemeinen Frauen zugesprochen werden) kann ein allfälliges Manko durch fehlendes berufliches Wissen wettgemacht werden.

Sukkurs organisieren

Wenn wir Frauen gewählt werden wollen, ist es unabdingbar, dass wir uns ein persönliches Komitee aufbauen. Dieses unterstützt uns im Wahlkampf und übernimmt die Aufgaben, die wir als Kandidatin unmöglich selber wahrnehmen können.

Gleichgesinnte suchen

Es gilt, ein geeignetes Umfeld zu schaffen, bevor wir unsere eigentlichen Anliegen vorbringen. Wir müssen Frauen und Männer suchen, die uns unterstützen. Dies ist nur durch viele Einzelgespräche zu erreichen. Scheuen wir uns auch nicht davor, Koalitionen mit Gleich-

gesinnten anderer Parteien zu bilden. Diese politischen Freundschaften müssen sorgfältig gepflegt werden; rechtzeitige Information über unsere politischen Schritte gehört dazu.

Nicht resignieren

Der Leistungs- und Erwartungsdruck ist für uns Frauen enorm gross. Selbstverständnislich aber werden wir immer wieder Rückschläge erleiden. Unser Anliegen wird unter Umständen auf niederschmetternde Art gebodigt, wir werden nicht gewählt usw. Resignieren wir nicht, arbeiten wir zielbewusst, aktiv und systematisch weiter. Überprüfen wir unsere persönliche Zielsetzung, setzen wir uns kleinere Teilziele, die in greifbarer Nähe liegen.

Politik für die Frauen

Frauenpolitik ist zu einem grossen Teil Forderungspolitik, was mit Risiken verbunden ist. Überspitzte feministische Forderungen halten Frauen ab, in die Politik einzusteigen oder Frauen zu wählen. Wenn wir FDP-Frauen anders politisieren, Zusammenhänge aufzeigen, uns für berechnete und machbare Forderungen einsetzen, können wir mehr Frauen für die Politik gewinnen und auch dafür sorgen, dass mehr Frauen gewählt werden. Also keine militante Frauenpolitik, sondern eine Politik für die Frauen. □

Unser Arbeitsplatz-Programm



Nicht neu, aber richtig

Nur eine vitale wettbewerbsfähige Wirtschaft schafft und sichert Arbeitsplätze - langfristige. Darum forderte die FDP schon am Parteitag vom 26. Januar 1991:

1. Den Abbau unnötiger staatlicher Vorschriften
2. Die Auflösung schädlicher Kartelle
3. Den Ersatz der Wust durch die Mehrwertsteuer, die Investitionen fördert statt bremst

Während der Hochkonjunktur gezeigt, was heute unabdingbar ist.

Verlangen Sie Unterlagen bei FDP, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 / 22 34 38, Fax 031 / 21 19 51



Bundesrat Villiger bei der JBS

An ihrer Delegiertenversammlung Anfang April im Bürgerhaus Bern hat die Jungliberale Bewegung der Schweiz (JBS) die Nein-Parole zu der «Flugwaffenabschaffungs-Initiative» und der «Anti-Waffenplatz-Initiative» beschlossen.

◊ Davide Robbiani

Der Entscheid bei der «Flugwaffenabschaffungs-Initiative» fiel bei 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen mit 19 Nein-Stimmen sehr deutlich. Ohne Gegenstimme (2 Enthaltungen) wurde die Anti-Waffenplatz-Initiative abgelehnt.

Verteidigungsminister Kaspar Villiger vermochte die kantonalen Delegierten in einem zweisprachig gehaltenen Referat von der Notwendigkeit einer «klar definierten langfristig angelegten sicherheitspolitischen Strategie» zu überzeugen.

Nach seinem Referat beantwortete er sehr offen und frei die zahlreichen Fragen der Delegierten. Insbesondere interessierten die sicherheitspolitischen Perspektiven in einem vereinten Europa. Villiger argumentierte, ohne moderne Luftwaffe sei unsere Neutralität nicht mehr glaubwürdig. Niemand wisse zurzeit, wie sich die Lage in Osteuropa weiterentwickeln werde.

Zuvor hatten sich Nationalrat Pierre Savary (FDP, Waadt), Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission, und Gemeinderat Schmid (GB, Luzern), Erstunterzeichner der GSoA-Initiative «Stopp F/A-18», über die beiden Vorlagen eine lebhafte Diskussion geliefert.

Im weiteren hat der Delegiertenrat die Unterstützung der EWR-Initiative «Geboren am 7. Dezember» im Gegensatz zur Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV) abgelehnt. Insbesondere die Formulierung, den Bundesrat zu ermächtigen, einen neuen EWR-Vertrag abzuschliessen, stiess bei den Delegierten auf Ablehnung. □

JBS-Position

Ja zur MAV-Revision

Die Jungliberale Bewegung der Schweiz (JBS) unterstützt die Idee, die MAV zu erneuern. Sie glaubt, es sei jetzt der Moment, das aktuelle System der Evolution der Gesellschaft und der Erziehung anzupassen. Die JBS ist der Meinung, die gymnasiale Ausbildung sollte auf jeden Fall anspruchsvoll und umfassend bleiben.

Die JBS begrüsst das vorgestellte Wahlsystem, das eine vergrösserte Flexibilität und Individualisierung des Studienprogramms erlaubt; diese grössere Freiheit heisst aber auch eine grössere Eigenverantwortung der jungen Studenten in der Wahl ihres eigenen Studienplans. Die JBS ist sich bewusst, dass

das für gewisse Studenten bedeuten könnte, ein Zulassungsexamen zu bestreiten für den Fall, dass sie sich an einer anderen Fakultät einschreiben wollen, als ihr Maturitätsausweis dies vorsieht.

Die JBS ist gegen die Verwirklichung einer interdisziplinären Arbeit, deren Durchführung als zu kompliziert angesehen wird. Im Gegenteil unterstützt sie das Obligatorium einer dritten Nationalsprache, welche als zehnte Maturnote gewertet wird. Dieser letztgenannte Vorschlag muss als der Wille interpretiert werden, die Bekanntschaft und das Verständnis zwischen unseren drei nationalen Kulturen zu begünstigen. □

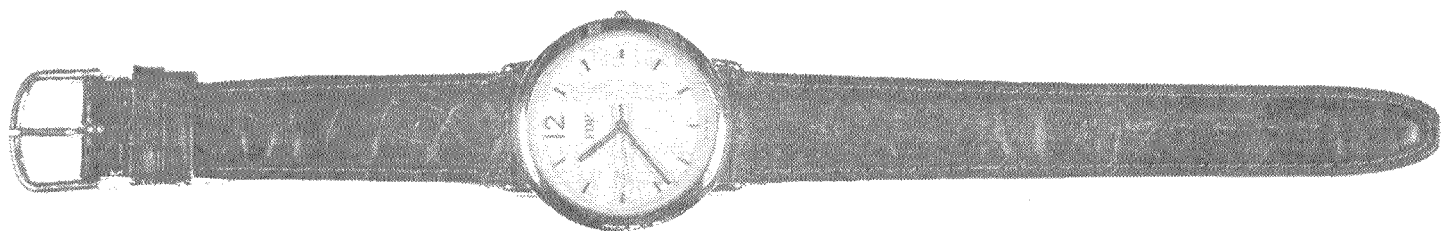
Mutzli

«Nach erfolgter Wahl werde ich Sie durch einen Weibel herausbeten lassen», liess ein Journalist der «Sothurner Zeitung» Christian Wanner (FDP/SO) ausrichten. Herausbeten... so ehrfürchtig sind die Medienleute gegenüber den Parlamentariern sonst gar nicht.

Mit einem männlich-tiefen «Ja» meldete sich frühmorgens

die frühere Ständeratspräsidentin Josi Meier (CVP/LU) beim ständerätlichen Appell. Des Rätsels Lösung: Der Aargauer CVP-Ständerat Hans-Jörg Huber nutzte eine kleine Unaufmerksamkeit seiner Fraktionskollegin, um ihre Anwesenheit herauszustreichen.

«Wir wollen mit einem Zahnstocher einen Fehler bewegen», erläuterte Rolf Büttiker (FDP/SO) die Problematik des kurzfristigen Beschäftigungsprogramms.



Es ist FDP-Zeit

Bestellen und tragen Sie die FDP-Uhr! Das Gehäuse ist vergoldet, der Boden aus Stahl mit Schweizer Quarzwerk, ohne Datum, Lederband Crocoart braun, Zifferblatt Grundfarbe weiss, Zeiger und Relief vergoldet mit Logo «FDP». Die Uhr wird geliefert in einer schwarzen Pochette mit einjähriger Garantie Fashion Time.

Talon

Ich bestelle zum Preis von Fr. 98.- (plus Porto und Verpackung):
– Ex. FDP-Uhr.

Name: _____

Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bitte einschicken an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern (Fax [031] 21 19 51).

FDP – ANADER: Zusammen die Welt von morgen konstruieren

Seit 1990 erheben die afrikanischen Länder Anspruch auf den Pluralismus. Damit wollen sie endgültig das Blatt des dreissigjährigen Einparteiensystems wenden. Aber dieser Volkswille wird erst Wirklichkeit werden, wenn die neugegründeten Parteien diesen Anspruch des Volkes mit einer gelebten und lebendigen Demokratie ausdrücken und dazu aufrufen, die zu grosse soziale und wirtschaftliche Ungleichheit zu reduzieren.

Fweley Diangitukwa*

Erinnern wir uns: Fast überall wurde in den Entwicklungsländern jede oppositionelle Anwendung unterdrückt. Dies hat die Mehrheit dieser Länder auf einen totalen Abweg geführt. Heute sind alle Kräfte mit dem Wiederaufbau beschäftigt.

Dieser Wiederaufbau der Wirtschaft der afrikanischen Länder bedarf eines grossen Einsatzes des Teils der neugebildeten politischen Formationen, die eine neue Geisteshaltung und neue Entwicklungsprogramme einbringen. Allein werden sie es nicht erreichen. Für die Entwicklung sind die Länder der südlichen Hemisphäre auf Investitionen aus dem Ausland angewiesen.

ANADER

Unsere Partei heisst ANADER (Alliance nationale des Démocrates pour la Reconstruction) und wurde 1989 in Genf gegründet. Sie ist eine der neuen politischen Kräfte, die am Wiederaufbau des Landes in Zaire teilnehmen. L'ANADER kann auf zahlreiche Mitgliederbeiträge verweisen. Wir sind aktiv in der ersten Oppositionsregierung, und wir sind im Parlament (Hoher Rat der Republik) vertreten.

Aber wir werden das Schicksal unseres Landes nicht verändern können, ohne die Prioritäten unserer Wirtschafts-, Sozial-, Umwelt- und Kulturpolitik klar zu formulieren.

* Übersetzung von Eleonora Schneuwly, auf dem FDP-Generalsekretariat mitverantwortlich für die Kontakte zur Liberalen Internationalen (LI).

ren. Unsere Partei will erreichen, dass sich jeder einzelne für mehr persönliche Freiheit einsetzt, sich für Wirtschaftsfragen interessiert und politische Verantwortung zu tragen bereit ist. Dieser Bewusstwerdungsprozess soll es unserem Volk ermöglichen, am politischen und wirtschaftlichen Leben aktiver teilzunehmen. Darüber hinaus erlaubt er den Frauen und Männern ihre Ideen und Entwicklungsstrategien einzubringen, was auf die Länge gesehen den staatlichen Einfluss in die wirtschaftlichen Aktivitäten verringern wird.

Gesucht: Büroapparate

Um dieses Ziel erreichen zu können, benötigen wir ein Minimum an Büroapparaten. Zaire ist ein Land von immenser Grösse: Es weist eine Fläche von 2 345 400 km² auf

Vertrauen ins Parlament

Bezug nehmend auf die vorangegangenen und aktuellen politischen Aktivitäten ist mir aufgefallen, wie unsere Parlamentarier viele negative Äusserungen und unschöne Titulierungen über sich ergehen lassen mussten.

Es ist unbestritten, dass die Rechte der Frauen in jeder Hinsicht und unbedingt gefördert werden müssen – jedoch mit Gewalt und eilends vorge-täuschten Tränen (geschehen auf dem Bundesplatz) erreichen wir nur das Gegenteil unserer dringenden Anliegen. Wir erschweren mit solchen Aktionen jeglichen Fortschritt. Ein kleines Land wie unsere

und zählt 35 Millionen Einwohner. In jeder Provinz treten gegenwärtig täglich Tausende unserer Partei bei.

Um auf ihre Besorgnisse antworten zu können, um unseren Wirkungsbereich weiterhin sichern zu können, brauchen wir eine wirksame Administration. Nun aber verfügt unsere Partei über fast keine Mittel, und wir bleiben – ohne materiellen Beitrag – mit unseren Ideen auf der Strecke. Aus diesem Grund wenden wir uns an die Leserinnen und Leser des «Freisinns», mit denen wir die gleichen Überzeugungen teilen. Büromaschinen (Schreibmaschinen, Photokopierapparate, Druckmaschinen), Schreibhefte und sonstiges Büromaterial, das Sie nicht mehr gebrauchen können, wäre uns von grossem Nutzen.

Ohne eine effizient arbeitende Organisation innerhalb unserer liberalen Partei wird es sehr schwierig sein, die Ideen der Freiheit, der demokratischen Rechte, der Marktwirtschaft und der Öffnung voranzutreiben, es wird sehr schwierig sein, den Gedanken des modernen Liberalismus triumphieren zu lassen.

ANADER zählt auf Ihre Unterstützung und dankt von ganzem Herzen (s. Kasten). □

Hilfe für ANADER

Falls Sie Büromaterial haben, das Sie ANADER zur Verfügung stellen können, nehmen Sie bitte direkt Kontakt auf mit:

**ANADER
(Unterstützung für Zaire)
Postfach 112
1806 Saint-Légier**

Bitte geben Sie dabei Ihre Adresse und Telefonnummer an. Vertreter der ANADER werden dann ihrerseits mit Ihnen in Kontakt treten und die Maschinen bzw. das Material abholen. □

FDP-Position

Sperrfrist sofort ausser Kraft setzen

Für die FDP ist es angesichts der veränderten Lage auf dem Immobilienmarkt unverständlich, weshalb der Bundesrat die Überführung der Sperrfrist in das ordentliche Recht nur vorläufig aufschieben will und nicht, wie in einer Motion der FDP-Fraktion gefordert, sofort ausser Kraft setzt.

Als untaugliches Mittel zur Wohneigentumsförderung erachtet die FDP das vom Bundesrat im Rahmen seiner Bodenrechtsmassnahmen vorgeschlagene Vorkaufsrecht für Mieter und Gemeinden. Ein Vorkaufsrecht stellt nicht nur einen weiteren unerwünschten staatlichen Eingriff in die Eigentumsfreiheit dar, sondern verhindert als zusätzliche Regulierung eine verstärkte Wohnbautätigkeit. Die FDP der Schweiz unterstützt seit je Bestrebungen, die zur breiteren Streuung von Wohneigentum führen, doch sind in der Praxis durch ein Vorkaufsrecht des Mieters wenig Impulse in dieser Richtung zu erwarten. □

Schweiz kann im grossen Europa nur mit innerer Stabilität bestehen. Zur Unzufriedenheit haben wir trotz allem keinen Grund. Jeder einzelne sollte sich vor Augen führen, wie es nicht weit von unseren Grenzen entfernt zu- und hergeht, wie Menschen leiden und hungern.

Haben wir Vertrauen in unser Parlament. Suchen wir den Dialog, welcher in den letzten Wochen unmöglich war. Freuen wir uns über die Wahl einer kompetenten Bundesrätin.

Verlieren wir nicht den Mut, gemeinsam weiterzumachen.

Heidi Keller, Basel



FDP-Drogenpolitik: Thesen aus Zürich

Am Fraktionsseminar des vergangenen Jahres beschäftigte sich die FDP-Fraktion des Zürcher Kantonsrates mit der Drogenpolitik. Bewährtes weiterzuführen und neue Erkenntnisse zu berücksichtigen, darf als breit abgestütztes Ergebnis des Seminars bezeichnet werden.

df. Die Kantonsratsfraktion der Freisinnig-Demokratischen Partei des Kantons Zürich führt jedes Jahr ein Fraktionsseminar durch. Es hat den Zweck, einmal pro Jahr zurückgezogen und intensiv zu politisieren. Darüber hinaus bietet sich die Möglichkeit, den Kontakt unter den Mitgliedern zu vertiefen.

Drogenpolitik wie weiter?

In der Öffentlichkeit findet man die unterschiedlichsten Auffassungen, welcher Weg im Bereich der Drogenpolitik in Zukunft eingeschlagen werden soll. Der Meinung, es müssten Mittel und Wege gefunden werden, welche die bisherige repressive Politik ablösen, steht die Auffassung gegenüber, dass mit einer Aufstokkung der Mittel die bisherige Politik weitergeführt werden müsse. Diese beiden Pole und alle dazwischen enthaltenen Positionen finden sich bis zu einem gewissen Grad auch in der FDP. Ziel des Seminars war deshalb, innerhalb der FDP-Fraktion den grössten gemeinsamen Nenner zu finden und eine gemeinsame Drogenpolitik zu formulieren und zu vertreten.

Aufdatieren und Auslegeordnung erstellen

Dem von der Fraktion mit den Vorbereitungen betrauten Kantonsrat Werner Hegetschweiler, Dr. med., Langnau, ging es darum, in einer ersten Phase seine Kollegen mit den neuesten Informationen und Erkenntnissen «zu füttern». Er lud ausgewiesene Fachleute ein, welche die Aufgabe hatten, die Räte ausgewogen auf den neuesten Stand des Wissens zu bringen. Darüber hinaus hatten sie der Fraktion die Viel-

schichtigkeit der Drogenproblematik näher zu bringen. In einer zweiten Runde fand eine kontradiktorische Diskussion statt. Ein Grossrat aus dem Kanton Basel-Stadt, der für eine Liberalisierung plädierte, und ein Zürcher Staatsanwalt, der sich für eine Fortsetzung der repressiven Politik aussprach, beides Freisinnige, prallten aufeinander und machten dadurch die unterschiedlichen Argumente und Auffassungen deutlich.

Positionen formulieren

Nach umfassender Fragenbeantwortung durch die Experten, ging es am nächsten Morgen darum, in einer intensiven Debatte eine gemeinsame Position zu formulieren. Die Räte stellten in der Folge zu den Bereichen Prävention, Therapie, Fürsorgerrische Massnahmen und gesetzliche Regelung (Strafverfolgung, Rechtsprechung, Strafvollzug) zahlreiche Thesen auf. Es handelt sich dabei nicht um einfache Schlagwörter, wie dies in der politischen Diskussion von rechts bis links häufig anzutreffen ist. Mit den Thesen will die Fraktion der schwierigen Wirklichkeit gerecht werden, und die klare freisinnig-demokratische Position darlegen.

Kennzeichen der FDP-Drogenpolitik

Aus der Sicht der FDP-Fraktion geht es generell darum, bisher Bewährtes weiterzuführen und gleichzeitig Möglichkeiten zu schaffen, um in der Drogenpolitik zu neuen Erkenntnissen zu gelangen. Denn die Fachleute machten deutlich, dass es zu vielen Fragen noch keine gesicherten Antworten gibt. Diese unbefriedigende Situation geht auf Kosten der Drogenkranken und ist aus der Sicht der Fraktion nicht haltbar.

Hier nun eine Zusammenstellung der wichtigsten Thesen:

Prävention:

● Die Prävention, mit dem Ziel, allgemein den Missbrauch von Drogen und insbesondere den Einstieg in die illegalen Drogen zu bekämpfen, ist das wichtigste drogenpolitische Ziel.

● Durch Vorbild und Erziehung (Eltern und Erzieher) soll der junge Mensch befähigt werden, unvermeidliche Konflikte durchzustehen, unangenehme Situationen nicht auszuweichen und sein Leben sinnvoll zu gestalten auf Grund der realen gesellschaftlichen Situation.

● Information und Aufklärung über Wirkung und Gefahren aller Drogen – auch der legalen – und der Abhängigkeit der Drogen gehören ebenfalls zur Prävention. Da es der Prävention dient, wenn Drogen nicht beliebig erreichbar sind, hat auch die Repression eine präventive Wirkung.

● Trotz bester Prävention wird es Jugendliche geben, die drogenabhängig werden.

Therapie:

● Die Therapie mit dem Ziel, Drogenabhängige von der Abhängigkeit zu befreien, ist das zweitwichtigste drogenpolitische Ziel.

● Die Therapie ist sowohl eine medizinische als auch eine soziale Aufgabe:

● Die Abgabe von Methadon durch Ärzte oder Apotheker – gemäss kantonalen Richtlinien – ist als Zeitgewinn zu verstehen; längerfristig gesehen soll auch diese Massnahme die Drogenfreiheit zum Ziel haben.

● Die Bereitschaft des Süchtigen zur Therapie ist durch geeignete Massnahmen, insbesondere Beratung, zu fördern, da nur eine freiwillige Therapie sinnvoll ist.

Fürsorgerrische Massnahmen:

● Fürsorgerrische Massnahmen haben das Ziel, in Fällen, die der Therapie nicht oder noch nicht zugänglich sind, den Schaden zu minimieren und

eine möglichst gute Lebensqualität zu erhalten.

● Fürsorgerrische Massnahmen sind grundsätzlich Aufgabe der Wohngemeinde.

● Auch fürsorgerrische Massnahmen dürfen das Ziel der Suchtfreiheit nicht aus den Augen lassen.

● Orte, wo sich die Drogen-süchtigen unter geschützten, hygienischen Bedingungen (Witterung, Ruhe, Austausch von gebrauchten Nadeln und Spritzen, Kontakt mit Betreuern) aufhalten können, sollen zugelassen werden. Jeglicher Handel mit Drogen ist dagegen in diesen Einrichtungen und in ihrer unmittelbaren Umgebung zu unterbinden. Die Erfahrungen sind wissenschaftlich auszuwerten, um weitere Entscheidungsgrundlagen zu erarbeiten.

● Die Frage, ob die offizielle Abgabe von reinen Drogen (Heroin, Kokain) allenfalls das kleinere Übel für die Gesellschaft ist (Beschaffungskriminalität fällt weg), ist durch einen wissenschaftlich auszuwertenden Versuch abzuklären.

Gesetzliche Regelungen:

● Grundsätzlich gilt, dass die Gesetzgebung dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung entsprechen muss und die gesetzlichen Vorschriften durchgesetzt werden müssen. Das ist heute nicht der Fall: Der Konsum von illegalen Drogen wird heute praktisch nicht mehr bestraft, und in weiten Kreisen der Bevölkerung wird zwischen weichen und harten Drogen unterschieden. Das darf nicht sein. Entweder wird das Betäubungsmittelgesetz durchgesetzt, oder es muss geändert werden.

● Die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten ist das wichtigste ordnungspolitische Ziel.

● Offene Drogenszenen sind nicht zu dulden.

● Asylgesuche von ausländischen Drogendelinquenten sind beschleunigt zu behandeln, so dass bei negativem Asylentscheid die Ausweisung sofort erfolgen kann.

Soweit der Auszug aus dem Drogenpapier der FDP-Fraktion. Das gesamte Thesenpapier kann auf dem Sekretariat der Zürcher Kantonalpartei (Tel. 01/261 40 80) bestellt werden. □